

CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO - TIROLER ETSCHLAND

UFFICIO RESOCONTI CONSILIARI

SEDUTA

12.

SITZUNG

20-4-1961

Presidente: ALBERTINI

Vicepresidente: PUPP

IV. LEGISLATURA - IV. LEGISLATURPERIODE

INDICE

Disegno di legge n. 5:

**« Stati di previsione dell'entrata e della
spesa della Regione Trentino - Alto Adige
per l'esercizio finanziario 1961 »**

pag. 3

INHALTSANGABE

Geszentwurf Nr. 5:

**« Voranschläge der Einnahmen und Aus-
gaben der Region Trentino - Tiroler Etsch-
land für das Rechnungsjahr 1961 »**

Seite 3

A CURA DELL'UFFICIO
RESOCONTI CONSILIARI

Ore 9,40.

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

MARZIANI (Segretario questore - D.C.):
(fa l'appello nominale).

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta del 19-4-1961.

MARZIANI (Segretario questore - D.C.):
(legge il processo verbale).

PRESIDENTE: Osservazioni al verbale? Il verbale è approvato.

Prosegue la discussione sul **disegno di legge n. 5**: « *Stati di previsione dell'entrata e della spesa della Regione Trentino - Alto Adige per l'esercizio finanziario 1961* ».

La parola al cons. Brugger per la conclusione del suo intervento.

BRUGGER (S.V.P.): Ich habe versucht, die Begründung dafür zu geben, weshalb die Opposition in diesem Regionalrat durch einen Abänderungsantrag geschlossen den Wunsch vorgebracht hat, man möge im Haushalt des Jahres 1961 einen Betrag von Lire 800 Millionen zusätzlich vorsehen, der im Wege der Aufnahme eines Darlehens der Regionalverwaltung zur Verfügung gestellt werden soll.

Ich habe außerdem noch zu begründen versucht, weshalb es gerechtfertigt erscheint, daß aus diesem Betrage von Lire 800 Millionen je 100 Millionen über den Artikel 70 den Provinzen zugewendet werden sollen. Damit habe ich begonnen, die einzelnen Maßnahmen anzuführen, welche auf Wunsch der Opposition des Regionalrates getroffen werden sollten, und zwar auch unter Berücksichtigung der Erläuterungen zu dem Programm, welches der Regionalausschußpräsident zu Beginn der Haushaltsdebatte entworfen hatte.

Wir sind nämlich der Auffassung, daß es nicht möglich ist, alle Vorhaben, die den Präsidenten des Regionalausschusses beseelen, sehr rasch durchzuführen, und daß man im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten zunächst eine Dringlichkeitsstufung vornehmen sollte. Als besonders notwendig erachteten wir deshalb eine zusätzliche Zuwendung von je 100 Millionen Lire an die beiden Provinzen; die Begründung hierfür ist gestern gegeben worden. Von dem Restbetrag von Lire 600 Millionen sollten für Tierseuchenbekämpfung in den beiden Provinzen 200 Millionen zur Verfügung gestellt werden, zur Förderung des Fremdenverkehrs in den beiden Provinzen 100 Millionen und für die Wildbachverbauung 300 Millionen.

Diesen Aufteilungsvorschlag glauben wir hinreichend begründen zu können. Wir müssen

in erster Linie feststellen, daß auf dem Sektor der Landwirtschaft sowohl in der Provinz Bozen als wahrscheinlich auch in der Provinz Trient unbedingt eine radikale und planmäßige Tierseuchenbekämpfung erfolgen müßte. Eine solch rasche Bekämpfung dieser Seuchen macht in nächster Zeit eine sehr hohe Geldauslage erforderlich, damit die Opfer dieser Bekämpfung nicht einzig und allein von den Bauern getragen werden müssen. Es steht auch fest, daß die Viehzucht in erster Linie von den Bergbauern betrieben wird und daß wir deswegen zur Verwirklichung eines solchen Programmes in der Landwirtschaft gerade die bedürftigsten Bauern unterstützen sollten. Das müßte keine dauernde Unterstützung sein, sondern diese bäuerlichen Betriebe sollten durch eine planmäßige und möglichst rasche Gesundung des Viehstandes selbständig werden können, damit sie nicht dauernd der sozialen Fürsorge der Region zur Last fallen müssen. Ich glaube, dieses Vorhaben ist außerordentlich wichtig, und zwar auch deswegen, weil wir feststellen müssen, daß in unseren Nachbar-Anstrengungen gemacht worden sind und daß dort die Viehbestände gesundheitlich in Ordnung sind. Wenn wir hier nicht Hand anlegen, werden wir in nächster Zeit beim Absatz unseres guten Zuchtmaterials sowie auch der Milchprodukte größte Nachteile und Schwierigkeiten haben. Deshalb müssen auf diesem Gebiet in kürzester Zeit entsprechende Maßnahmen getroffen werden und deswegen auch der Wunsch nach einem verhältnismäßig so hohen Betrag für die einschlägigen Ausgaben. Im Zusammenhang mit der Tierseuchenbekämpfung muß noch erwähnt werden, daß wir nicht die Möglichkeit hatten, auf ein großes Sanierungsprogramm des Staates zurückzugreifen. Ich erinnere daran, daß der Staat selbst 9 Mil-

liarden Lire zur Tierseuchenbekämpfung und zur Gesundung der Viehbestände ausgeworfen hat, von denen der Region Trentino-Tiroler Etschland wegen verwaltungsrechtlicher Schwierigkeiten keine Lire zugute kam. Wenn nun dieses staatliche Programm unsere Region ausgeschlossen hat, müssen wir selbst die größten Anstrengungen machen, damit wir mit den anderen Provinzen wenigstens gleichen Schritt halten können. Diese Gründe würden eine Zuteilung von 200 Millionen Lire für Tierseuchenbekämpfung und vielleicht auch für andere ähnliche Maßnahmen in der Region rechtfertigen. Da meine gestrigen Darlegungen unvollständig waren, möchte ich hier einen eventuellen Irrtum klären. Selbstverständlich würde dieser Betrag nicht den Provinzen zugewiesen werden, sondern bliebe im Regionalhaushalt, so wie die anderen Beträge, über die ich mir nun einige Bemerkungen erlauben werde. Dies selbstverständlich vorbehaltlich der Delegation, die ja aus dem Programm des Präsidenten des Regionalausschusses als Richtlinie für den Ausschluß hervorgeht.

Es wäre ferner sehr notwendig, daß seitens der Region größere Anstrengungen zugunsten des Fremdenverkehrs gemacht würden, und daher der Wunsch, aus diesem Darlehen wenigstens 100, wenn nicht 150 Millionen Lire für diesen Zweck vorzusehen, indem man die verschiedenen bereits im Haushalt vorhandenen Kapitel erhöht. Was den Wirtschaftszweig Fremdenverkehr betrifft, so sind wir uns, glaube ich, hier alle einig, daß er für unser Gebiet neben der geplanten Industrialisierung von ausschlaggebender Bedeutung ist. Während wir aber mit der Industrialisierung, insbesondere was die Provinz Bozen betrifft, erst beginnen und die Voraussetzungen dafür schaffen müssen, sind beim Wirtschaftszweig Fremdenverkehr die entsprechenden Voraussetzungen bereits gegeben, an de-

nen wir im Interesse einer Aufwärtsentwicklung weiterarbeiten können. Herr Regionalassessor Corsini, dem dieses Ressort untersteht, hat bereits versucht, entsprechende Schritte zu unternehmen, um die Bedürfnisse auf diesem Gebiet zu erfassen. Durch die Rundschreiben, die an die einzelnen Betriebe ergangen sind, sind bei den Gastwirten unwillkürlich gewisse Hoffnungen entstanden. Sie erwarten sich eine wirksamere Intervention seitens der zuständigen Ämter und ich glaube, daß diesen Erwartungen auch Rechnung getragen werden muß, da insbesondere der Wirtschaftszweig Fremdenverkehr eine sehr erhebliche Einnahmequelle für unser Gebiet darstellt. Dabei muß erwähnt werden, daß der Staat nicht mehr die Geldmittel zur Verfügung gestellt hat, welche für die Entwicklung dieses Zweiges erforderlich wären, sondern daß er seine Zuwendungen auf die Hälfte reduziert hat. Die Region muß dafür Sorge tragen, daß dieser Mangel an Zuwendungen seitens des Staates auf irgendeine Weise ausgeglichen wird, und da die Region auf diesem Gebiete primäre Zuständigkeit besitzt, ist es an ihr, die entsprechenden Vorkehrungen zu treffen. Sie erfüllt dabei ja auch nur eine Pflicht.

Weiters wird in diesem Antrag ersucht, im Regionalhaushalt einen Betrag bis zu 300 Millionen für die Wildbachverbauung verfügbar zu machen. Wir können beweisen, daß gerade die Gruppe der Südtiroler Volkspartei anläßlich der Haushaltsdiskussion alljährlich in diesem Sinne interveniert, daß aber sowohl die vom Staate wie von der Region zur Verfügung gestellten Geldmittel für die unbedingten Notwendigkeiten auf diesem Gebiete sich in keiner Weise als hinreichend erwiesen haben. Man schützt ja durch die Wildbachverbauung und den Ausbau der Berggebiete nicht nur die unmittelbar betroffenen Gebiete, in denen die

Wildbäche drohen, sondern auch die Talsohle und Ebene. Die Wildbachverbauung ist daher auch eine Aufgabe von eminentem öffentlichem Interesse nicht nur für das Gebiet der Region, sondern es können auf diese Weise Katastrophen auch in anderen Gebieten, die die Etsch durchfließt, verhindert werden. Bezüglich der Wildbachverbauung dürfte vielleicht interessieren, daß seit dem Jahre 1949 im Trentino 368 Millionen Lire mehr ausgegeben worden sind als in der Provinz Bozen. Man muß dabei bedenken, daß in der Provinz Bozen größere Gefährdungen hinsichtlich Überschwemmungen durch Wildbäche bestehen als in der Provinz Trient. Auf Grund der bisherigen Erfahrungen können wir feststellen, daß die Wildbachverbauungsämter der Provinzen Bozen und Trient nunmehr in der Lage sind, jährlich ein Programm bis zu 500 Millionen Lire zu verwirklichen. Wir haben aber bei weitem noch nicht die Möglichkeit, 500 Millionen Lire je Provinz, sei es an staatlichen, sei es an regionalen Mitteln, aufzubringen. Außerdem ist bedauerlich, daß für die Wildbachverbauung kein klares langfristiges Programm besteht. Wir haben feststellen müssen, daß wegen der unregelmäßigen Zuwendungen seitens des Staates die Ausarbeitung eines regelrechten Planes für die Verbauung fast unmöglich ist, insbesondere wenn man an den sogenannten Beschleunigungsplan (piano di acceleramento) denkt, welcher die in den kommenden Jahren zur Verfügung stehenden Mittel vorsieht, wonach zu erwarten ist, daß in einem Jahr ein weit größerer Betrag zur Verfügung stehen wird als im nächsten Jahr. Hier wäre eine klare Planung auf mehrere Jahre von besonderer Notwendigkeit.

Ich glaube, daß wir auf Grund dieser Ausführungen, die wohl sehr allgemein gewesen sind, doch beweisen können, daß gerade

die mit diesem Abänderungsantrag vorgebrachten Bedürfnisse von außerordentlicher Dringlichkeit sind. Ich möchte auch hinzufügen, daß es notwendig wäre, die für die Wildbachverbauung erforderlichen Geldmittel bereits anfangs März, wenn die Bauarbeiten beginnen können, verfügbar zu machen, um den Arbeitsprozeß nicht zu lange zu verzögern und die vorgesehenen Programme dann nicht in allzu-großem Eiltempo verwirklichen zu müssen. Man sollte also die Verwaltungsvoraussetzungen schaffen, damit die Wildbachverbauungsarbeiten so früh als möglich, also spätestens anfangs März, begonnen werden können. Dies ist aber nur dann möglich, wenn Geldmittel aus dem Vorjahre für diese Zeit noch verwendet werden können.

(Ho cercato di motivare il perchè l'opposizione attraverso un emendamento ha avanzata compatta in questo Consiglio la richiesta di prevedere nel bilancio per il 1961 una somma suppletiva di lire 800 milioni, la quale, da introitare per mezzo di un mutuo, dovrebbe essere messa a disposizione dell'Amministrazione regionale. Ho inoltre tentato di motivare il perchè ci sembra giustificato che di tale somma di lire 800 milioni, lire 100 milioni dovrebbero essere assegnate alle Province attraverso l'art. 70. Ho così incominciato ad indicare i singoli provvedimenti che su desiderio dell'opposizione nel Consiglio dovrebbero essere adottati, tenendo altresì conto delle illustrazioni sul programma tracciato dal Presidente della Giunta regionale all'inizio del dibattito sul bilancio.

Siamo, cioè, del parere, che non sarà possibile tradurre rapidamente in atto tutti i progetti che stanno naimando il Presidente della Giunta e che nel quadro delle possibilità esistenti is idovrà per intanto stabilire una graduatoria di importanza. Riteniamo pertanto essere particolarmente necessario prevedere un'asse-

gnazione suppletiva di lire 100 milioni per ciascuna delle due province; la relativa motivazione è stata fornita nella giornata di ieri. Dell'assommarestante di lire 600 milioni, lire 200 milioni dovrebbero essere destinate ad entrambe le province per la lotta contro le malattie infettive del bestiame, lire 100 milioni — sempre per le due province — a favore dell'incremento del turismo, e lire 300 milioni per la sistemazione dei bacini montani.

Pensiamo di essere in grado di motivare adeguatamente tale nostra proposta di ripartizione. Dobbiamo in primo luogo rilevare che nel settore dell'agricoltura sia in provincia di Bolzano come pure probabilmente in quella di Trento sarebbe necessaria una lotta programmatica contro le malattie infettive del bestiame. Siffatta lotta radicale e sollecita richiederà in questi prossimi tempi somme rilevanti e tali da non poter sobbarcare i relativi sacrifici unicamente ai contadini. È altresì certo che l'allevamento del bestiame viene esercitato primieramente da parte dei contadini di alta montagna, ragione per cui nel realizzare l'anzidetto programma dovrebbero essere aiutati soprattutto i contadini che maggiormente hanno bisogno di un aiuto. Non è poi necessario che si tratti di una sovvenzione a carattere permanente, poichè le aziende agricole in oggetto mediante il risanamento programmatico e possibilmente sollecito del bestiame dovrebbero essere rese autosufficienti per far sì che non debbano ricadere continuamente a carico dell'assistenza sociale della Regione. Ritengo si tratti qui di intendimenti di estrema importanza e ciò anche per il fatto che nei paesi confinanti si sono già al riguardo fatti degli sforzi massimi ottenendo un patrimonio zootecnico sano e in regola. E se dovessimo rinunciare ad intervenire tempestivamente, tra non molto verremo a trovarci di fronte a gravissime difficol-

tà nel collocamento del nostro ottimo bestiame da allevamento come pure dei nostri prodotti del latte. Per tutto questo dovranno entro il più breve tempo possibile essere presi dei provvedimenti adeguati, cosa questa che spiega pure la richiesta per una somma relativamente elevata tale da poter affrontare le spese del caso. A proposito della lotta contro le malattie infettive del bestiame va ancora detto che non abbiamo avuto la possibilità di avvalerci di un rispondente programma di risanamento dello Stato. Rammento in merito che lo Stato aveva egli stesso stanziato ben nove miliardi di lire per la lotta contro le anzidette malattie e per il risanamento del patrimonio zootecnico, cifra della quale peraltro neppure una sola lira è andata per difficoltà giuridico-amministrative a beneficio della Regione Trentino - Alto Adige. Se quindi dal precitato programma statale la nostra Regione è rimasta esclusa, saremo noi stessi a dover compiere i massimi sforzi possibili al fine di poter seguire a pari passo le altre province. Sono tutti motivi dunque più che sufficienti per giustificare la sollecitata assegnazione di 200 milioni di lire a favore della lotta contro le malattie infettive del bestiame e forse pure a favore di altri simili provvedimenti nell'ambito della nostra Regione. Essendo stato incompleto il mio intervento di ieri, vorrei chiarire in questa sede un eventuale equivoco. L'importo in parola non dovrebbe essere naturalmente assegnato alle province come tali, ma restare inserito nel bilancio regionale al pari delle altre somme circa le quali vorrei fare qualche osservazione. Ciò logicamente a condizione che ci sia la rispettiva delega indicata nel programma esposto dal Presidente della Giunta regionale come norma cui la Giunta stessa dovrà attenersi.

Sarebbe inoltre necessario che da parte della Regione si compissero sforzi maggiori a

favore del turismo, cosa questa che spiega la richiesta, secondo la quale almeno cento se non centocinquanta milioni di lire dovrebbero essere destinate per questo scopo dai fondi ricavati dal mutuo, aumentando opportunamente i diversi e relativi capitoli già inseriti nel bilancio. Noi tutti, penso, siamo d'accordo nell'attribuire al settore del turismo — accanto alla programmata industrializzazione — un'importanza determinante per la nostra Regione. Mentre però, per quanto riguarda l'industrializzazione e in modo particolare la provincia di Bolzano, ci troviamo ancora agli inizi dovendone ancora creare le premesse; per il settore del turismo invece le premesse necessarie già esistono, di modo che basta continuare l'opera intrapresa nell'interesse di un ulteriore progresso. L'Assessore regionale Corsini, al quale questo settore è affidato, ha già tentato di fare i passi opportuni per accertare le esigenze del settore stesso. Le circolari indirizzate alle singole aziende alberghiere hanno destinate spontaneamente certe speranze nel mondo degli albergatori. Questi ultimi attendono un intervento più efficace da parte degli organi competenti e penso che di tali aspettative bisogna pur tener conto, non fosse altro per il fatto che il settore del turismo rappresenta una delle risorse più importanti della nostra terra. Al riguardo non può non essere menzionato il fatto che lo Stato non mette più a disposizione i mezzi che per lo sviluppo del settore in parola sarebbero necessari, riducendo per contro i suoi contributi della metà. Pertanto la Regione dovrà preoccuparsi di colmare in qualche modo le lacune in tal modo create e avendo la Regione in materia competenza primaria, tocca a lei di intervenire con i provvedimenti rispondenti alle esigenze. D'altronde, ciò facendo, la Regione non farà altro che adempiere ad un proprio dovere.

È stato inoltre sollecitato, con la nostra richiesta, di mettere a disposizione dei mezzi di bilancio una somma fino a 300 milioni di lire a favore della sistemazione dei bacini montani. Siamo in grado di documentare che è stato proprio il gruppo consiliare della Südtiroler Volkspartei ad intervenire anno per anno in tale senso e precisamente in occasione del dibattito sul bilancio, ma sia i mezzi dello Stato come quelli della Regione messi a disposizione si sono rivelati del tutto insufficienti per far fronte alle indiscutibili necessità di questo settore. La sistemazione dei bacini montani e delle zone montane non serve del resto a proteggere soltanto le zone direttamente interessate, ma pure il fondovalle e la pianura. Ne consegue che la sistemazione dei bacini montani rappresenta un compito di pubblica utilità non soltanto per il territorio della Regione, ma per evitare dei veri e propri disastri pure nelle altre zone percorse dal fiume Adige. E a proposito della sistemazione dei bacini montani non mi sembra privo di interesse il fatto, che per le relative opere nel Trentino dal 1949 in poi è stata spesa una somma di ben 368 milioni di lire superiore a quella spesa nella provincia di Bolzano. Al riguardo giova poi tener presente che nella provincia di Bolzano i pericoli derivanti dagli straripamenti dei torrenti sono maggiori di quelli da lamentare nella provincia di Trento. In base alle esperienze da noi sinora fatte abbiamo potuto constatare che gli uffici speciali per la sistemazione dei bacini montani delle province di Bolzano e di Trento sono ormai in condizione di portare a compimento un programma annuale fino all'importo di 500 milioni di lire. Siamo peraltro ancora ben lontani dalla possibilità di reperire la somma di 500 milioni attraverso i mezzi dello Stato e della Regione. Appare inoltre cosa rammarchevole che manchi tuttora un chiaro progr:m-

ma a lunga scadenza per la sistemazione dei bacini montani. Si è dovuto poi constatare che in seguito alla irregolarità delle assegnazioni da parte dello Stato la elaborazione di un piano regolare per la sistemazione dei bacini montani è cosa quasi impossibile. Se ne ha una prova esaminando il cosiddetto piano di acceleramento, attraverso il quale sono previsti i mezzi stanziati per i prossimi anni e secondo il quale c'è da aspettarsi che per un determinato anno sia stato predisposto un importo largamente superiore a quello previsto invece per l'anno successivo. Ma è proprio qui che un preciso programma pluriennale è particolarmente necessario.

Mi pare che quanto da me detto, sia pure in modo molto generico, dimostri che le esigenze da noi fatte presenti attraverso il nostro emendamento abbiano carattere di estrema urgenza. Vorrei in proposito aggiungere che sarebbe necessario predisporre i fondi occorrenti per la sistemazione dei bacini montani in modo che siano disponibili sin dai primi di marzo, e ciò per non ritardare troppo lo svolgimento dei lavori e per non essere infine costretti a realizzare i programmi previsti in maniera troppo frettolosa. Bisognerebbe cioè creare in tempo le necessarie premesse tecnico-amministrative onde poter iniziare i lavori di sistemazione quanto più presto possibile e non più tardi dei primi di marzo. Ciò peraltro sarà possibile soltanto, se si riuscirà a utilizzare per il relativo periodo di tempo i mezzi finanziari dell'esercizio precedente.)

PRESIDENTE: Altri che chiedono la parola? La parola al cons. Kapfinger.

KAPFINGER (S.V.P.): Anschließend an die Ausführungen des Kollegen Dr. Brugger möchte ich noch einiges zur Frage der Tierseuchenbekämpfung hinzufügen. Ich bin der

Ansicht, daß die Region in diesem Falle in zweifacher Hinsicht verpflichtet ist, sich mehr und energischer einzusetzen. Das Autonomiestatut verleiht der Region primäre Zuständigkeit für die gesamte Viehwirtschaft. Dazu kommt nun der Umstand, daß der Staat in einem eigenen Gesetz vom 27. November 1956 Nr. 1367 eigene Geldmittel vorsieht (« . . . che destina al risanamento del bestiame »), und zwar 9 Milliarden im Jahr durch 5 Jahre hindurch. Das wären im Jahre 1961 bereits 45 Milliarden. Wir wissen, daß es trotz der Versuche der Regionalregierung nicht gelungen ist, aus diesem Gesetz für unsere Region mit Sonderstatut Geldbeträge zu erhalten. Somit ist eindeutig der Beweis erbracht, daß man bei der Zentralregierung auch in diesem Falle — obwohl manche darauf hinweisen möchten, daß dabei auch sanitäre Fragen zur Sprache stünden, die ja Zuständigkeit des Staates sind — nichts für die Viehseuchenbekämpfung unternimmt und die Region auch hierfür allein zuständig ist.

Ein kleiner Vergleich mit der Nachbarprovinz Belluno möge erhellen, wie sehr unsere beiden Provinzen in diesem Fall — weil sie ein Sonderstatut haben — im Verzuge sind. Ich habe hier eine kleine Abhandlung der Amministrazione provinciale di Belluno — Centro per il risanamento del bestiame, « a cura del consigliere provinciale dott. Giuseppe Dalvit » — ich hoffe, daß der dott. Luigi ihm nicht nachstehen wird! Er schreibt darin, wieviel Geldmittel aus diesem staatlichen Sondergesetz Nr. 1367 für die kleine Provinz Belluno vorgesehen sind: « Con i fondi concessi dal Ministero dell'agricoltura ai sensi della legge n. 1367 vengono spesi per l'esecuzione di prove diagnostiche 140 milioni, per l'erogazione di premi per abbattimento ecc. 50 milioni, per il miglioramento delle condizioni igieniche 90

milioni ». Das sind also 280 Millionen. Und jetzt nehmen wir das Verhältnis der Viehbestände her: In der Provinz Belluno werden amtlich 778 Stück Herdbuchrinder (iscritti al libro genealogico) gemeldet; die Provinz Bozen hat ungefähr 17.000 Stück Herdbuchrinder und die Provinz Trient etwa 3.000. Das sind also 20.000 Stück gegenüber den 778 der Provinz Belluno, wo für kaum 1.000 Herdbuchrinder 280 Millionen aus dem erwähnten staatlichen Sondergesetz vorgesehen sind. Für die 20.000 Stück Vieh in unserer Region aber wurde im Rahmen dieser Sonderaktion bis jetzt gar nicht vorgesehen. Wie wir da mit den übrigen Regionen, vor allem mit den Nachbarstaaten des Gemeinsamen Europäischen Marktes noch konkurrenzfähig bleiben sollen, ist eine Frage, die man wohl nicht beantworten kann! Vergessen wir dabei nicht, von welcher eminenten Bedeutung die Sanierung unserer Viehbestände gerade auch für den Fremdenverkehr sein wird. Bedenken wir, daß der Fremdenzustrom hauptsächlich aus Gebieten kommt, wo die Bevölkerung in hygienischer Hinsicht — ich möchte in diesem Falle « in milchhygienischer Hinsicht » sagen — weit voran ist. Es wird heute schon mit gerade diesem Argument gegen unseren Fremdenverkehr Propaganda gemacht. Ich bitte die verehrten Herren Kollegen, ernsthaft zu bedenken, daß es hier nicht nur darum geht — wie mein Vorredner bereits erwähnt hat —, den ärmsten unserer Bürger, den Bergbauern entgegenzukommen, sondern auch darum, unsere großzügig geplante Fremdenverkehrsaktion auch in dieser Hinsicht weitgehend konkurrenzfähig zu machen.

Ich möchte im Augenblick nichts weiter hinzufügen und behalte mir eine allfällige weitere Stellungnahme bei dem entsprechenden Kapitel vor. Ich habe es auch für notwendig erachtet, auf die Tragweite des Problems hin-

zuweisen, die hier richtig bewertet werden muß, und auf die Folgen, die eine Ablehnung der beantragten 200 Millionen haben würde. Dies würde eine eindeutige Verletzung der Aufgaben der Region auf einem Gebiet bedeuten, auf dem sie primäre Zuständigkeit besitzt — wie uns auch die durch den Rechnungshof in Rom bereits abgelehnten Vorschläge bewiesen haben —, und in zweiter Linie eine schwere Gefährdung unserer Landwirtschaft, vor allem der Bergbauern, und nicht zuletzt des Fremdenverkehrs und der damit zusammenhängenden Wirtschaftszweige.

(In aggiunta a quanto detto dal collega Dr. Brugger vorrei integrare le sue dichiarazioni concernenti la lotta contro le malattie infettive del bestiame. Sono cioè del parere che nel caso in oggetto la Regione è duplice-mente obbligata di intervenire maggiormente e in modo più vigoroso. Nella materia della zootecnia lo Statuto di autonomia conferisce alla Regione la competenza primaria. Oltre a questo va pure considerato che lo Stato prevede in base ad una sua legge, quella cioè del 27 novembre 1956 n. 1367, mezzi propri « che destina al risanamento del bestiame » e precisamente 9 miliardi all'anno per un quinquennio. Per l'anno 1961 si tratta di 45 miliardi, sommate le annualità già maturate. Sappiamo che nonostante i tentativi fatti dal Governo regionale non è stato possibile ottenere dalla precitata legge dei fondi per la nostra Regione a Statuto speciale. Ciò dimostra in maniera univoca che anche in questo caso — sebbene qualcuno vorrebbe al riguardo interpretarlo nel senso che ci siano in questione problemi di ordine sanitario di competenza dello Stato —, lo Stato rispettivamente il Governo centrale non interviene in alcun modo a favore della lotta contro le malattie infettive del bestiame e che quindi anche in questo la Regione sia la sola ad essere competente.

Un piccolo confronto con la confinante provincia di Belluno illustrerà come nel caso in parola le nostre due province — per avere uno Statuto speciale — si trovano in grave ritardo. Ho qui sotto mano un volumetto dell'Amministrazione provinciale di Belluno — centro per il risanamento del bestiame — redatto a cura del consigliere provinciale dott. Giuseppe Dalvit; spero che il nostro dott. Luigi Dalvit non vorrà restare inferiore al suo omonimo! Nel volumetto stesso l'autore indica i mezzi previsti per la piccola provincia di Belluno dalla citata legge speciale n. 1367. Egli cioè afferma quanto segue: « Con i fondi concessi dal Ministero dell'agricoltura ai sensi della legge n. 1367 vengono spesi per l'esecuzione di prove diagnostiche 140 milioni, per l'erogazione di premi per abbattimento ecc. 50 milioni, per il miglioramento delle condizioni igieniche 90 milioni ». In tutto quindi 280 milioni. Ma esaminiamo ora il rapporto riguardante il patrimonio zootecnico. Nella provincia di Belluno, cioè, risultano iscritti al libro genealogico numero 778 capi di bestiame; la provincia di Bolzano ne ha circa 17.000 e quella di Trento approssimativamente 3.000. In tutto cioè 20.000 capi di bestiame rispetto ai 778 della provincia di Belluno, dove per neppure mille capi di bestiame sono previsti ben 280 milioni dai fondi della citata legge speciale dello Stato. Per i 20.000 capi di bestiame della nostra Regione nulla però è previsto nel quadro di questa azione speciale. Come saremo in grado a competere in quelle condizioni con le altre Regioni e soprattutto con gli Stati vicini del Mercato Comune Europeo, è questa una questione alla quale ben difficilmente si potrà dare una risposta! E in proposito non va neppure dimenticato quale enorme importanza abbia il risanamento del nostro patrimonio zootecnico proprio nei riguardi del turi-

simo. Basta pensare soltanto al fatto che le correnti turistiche provengono principalmente da territori, dove la popolazione dal punto di vista dell'igiene — e nel caso in parola vorrei quasi dire dal punto di vista dell'igiene riguardante la produzione del latte —, è molto progredita. Proprio con il ricorso a questo argomento si sta ormai facendo della propaganda contro l'afflusso delle correnti turistiche verso la nostra zona. Invito pertanto gli onorevoli colleghi di voler seriamente riflettere sul fatto che non si tratta qui, come ha già detto chi mi ha preceduto, di venire incontro ai più poveri dei nostri concittadini, e cioè, ai contadini di alta montagna, ma invece di rendere anche in quella direzione largamente e meglio competitiva l'azione da noi programmata a favore del turismo.

Non avrei per ora altro da aggiungere e mi riservo tuttavia di prendere ancora la parola quando tratteremo il rispettivo capitolo. Ho ritenuto doveroso richiamare l'attenzione sulla portata del problema, che va valutato giustamente, e sulle gravi conseguenze che comporterebbe la mancata accettazione dei 200 milioni da noi richiesti. Ciò null'altro sarebbe se non una chiara violazione dei compiti spettanti alla Regione in una materia, in cui essa ha la competenza primaria, cosa questa del resto dimostrataci anche attraverso la reiezione delle proposte da parte della Corte dei conti di Roma. Ma ciò significherebbe pure di porre gravemente in pericolo la nostra agricoltura e innanzi tutto l'economia montana, nonchè il settore del turismo e gli altri settori della nostra economia, che dalla prima traggono le loro fonti di vita.)

PRESIDENTE: È stato modificato l'emendamento per collocarlo nel movimento capitali, accensione debiti, cap. 37 bis: « Netto ricavo mutuo a pareggio del presente bilancio -

Lire 800 milioni », con un altro capitolo che dice: « È autorizzata l'accensione di un mutuo di Lire 800 milioni al tasso annuo d'interesse non superiore al 7,50% da estinguersi in 20 semestralità postecipate scadenti il 30 giugno e il 31 dicembre di ogni anno a partire dall'esercizio 1962 », da collocarsi all'art. 30. Forse qui c'è un errore.

La parola al cons. Brugger.

BRUGGER (S.V.P.): Dieser Ergänzungsvorschlag zum Abänderungsantrag, den wir eingebracht haben, hat lediglich formellen Charakter. Mit dieser Form soll die Möglichkeit gegeben werden, im Einklang mit den verwaltungsrechtlichen Bestimmungen ein Darlehen in den Haushalt aufzunehmen. Das heißt aber nicht, daß wir jetzt den Antrag auf Aufnahme eines Darlehens vollkommen farblos vorbringen wollen: es bleibt vielmehr dabei, daß dieses Darlehen für die im ursprünglichen von der gesamten Opposition unterschriebenen Vorschlag angeführten Zwecke dienen soll. Nur ist es nicht möglich, bei der Aufnahme des Darlehens eine Zweckbestimmung anzugeben; diese Zweckbestimmung wird dann bei der Diskussion über die Ausgaben gegeben. Wenn aber das Darlehen aufgenommen wird, möchten wir doch ersuchen, daß die angemeldeten Notwendigkeiten, und zwar die Überweisung an die Provinzen, die Tierseuchenbekämpfung, die Förderung des Fremdenverkehrs und die Erhöhung der Gelder für die Wildbachverbauung im Sinne meiner früher gemachten Ausführungen entsprechende Berücksichtigung finden.

(Questa proposta integrativa all'emendamento da noi presentato ha carattere puramente formale. In questo modo, in concordanza con le norme giuridico-amministrative, si potrebbe creare la possibilità di assumere nel bilancio un mutuo. Ciò non significa che inten-

diamo avanzare la proposta di accendere un mutuo senza motivarla, ma rimane tuttora fermo che questo mutuo venga utilizzato per i fini citati nella proposta originaria firmata dall'intera opposizione. Non è però possibile stabilire la destinazione precisa al momento dell'accensione del mutuo; questa destinazione verrà stabilita durante la discussione sulle spese. Nel caso però che questo mutuo verrà acceso, vorremmo tuttavia che le necessità prima segnalate, cioè l'assegnazione di fondi alle Province per la lotta contro le malattie infettive del bestiame, per l'incremento del turismo e per l'aumento dei fondi per la sistemazione dei bacini montani, venissero prese in debita considerazione come avevo auspicato già nei miei interventi precedenti.)

PRESIDENTE: La parola al consigliere Raffaelli.

RAFFAELLI (P.S.I.): Anche se qui si anticipa, — è già stata anticipata in parte, — una discussione che poteva essere fatta in sede più propria, sul bilancio dell'agricoltura, è il caso di sottolineare alcune cose, perchè siamo favorevoli a questa proposta. Io mi limiterò al problema della zootecnia, per quel poco che posso aggiungere a quanto hanno già detto molto bene i colleghi che mi hanno preceduto. Ne abbiamo discusso in commissione in questi giorni, in sede di esame del bilancio provinciale, dove pure c'è uno stanziamento, direi modesto, rivolto agli stessi fini — non mi ricordo se si tratta di 23 o 26 milioni — per quel che riguarda la Provincia di Trento.

CONSIGLIERE: 35 milioni.

RAFFAELLI (P.S.I.): Ho sbagliato di 10 milioni. Prendo atto volentieri che sono 10 di più, ma rispetto alle proposte nostre resta sem-

pre una cifra piuttosto esigua. Vorrei richiamare alcune cose, sulle quali sarebbe bene che dicessimo — opposizione e maggioranza, coloro che propongono e coloro che poi dispongono, — se siamo d'accordo a parole o se siamo d'accordo nei fatti. Se siamo d'accordo, cioè, su di una cosa che è stata detta qui dentro da un banco come dall'altro, non importa in che posizione, e su di una cosa che viene ripetuta da anni ormai in tutte le sedi più autorevoli e competenti, cioè che la zootecnia, in rapporto all'agricoltura del nostro paese in generale e in rapporto all'agricoltura della nostra regione in particolare, è ancora il settore che dà i maggiori affidamenti per il futuro, in rapporto alla scarsità di prodotti zootecnici di cui dispone attualmente il nostro paese e in rapporto alle possibilità di reddito della azienda contadina che sia integrata o che sia imperniata sulla zootecnia. Se siamo d'accordo, se nessuno smentisce questa affermazione, che non faccio io certamente per la prima volta e non certo con la maggiore autorità, se siamo d'accordo, dobbiamo anche vedere con quali mezzi incrementarla; non certo con le buone parole e neanche con degli interventi di portata modesta, quali sono quelli proposti fino adesso. Quindi dobbiamo dirlo. Se è vero questo, è vero certamente anche un'altra cosa: che un lavoro preliminare, un'operazione preliminare a qualsiasi altra, è quella del risanamento del bestiame bovino e del miglioramento. Non credo di ricordare male se ricordo che qui dentro, almeno da quando ci sono io, cioè da otto anni, in tutti i bilanci c'è stato qualcuno, sia sui banchi della Giunta, sia sui banchi della opposizione, che ha ricordato la gravità del fenomeno delle malattie del bestiame nelle nostre Province, e la necessità del risanamento. Pensiamo proprio che sia una specie di piaga sociale da affrontare con prospettive, non dico secolari,

ma decennali. Io non sono un tecnico, so però che è possibile vincere, attraverso le varie forme profilattiche e attraverso l'abbattimento del bestiame irrimediabilmente compromesso, è possibile vincere questa piaga. L'Assessore provinciale, collega dott. Segnana, l'altro giorno ci spiegava molto chiaramente come stanno le cose nel Trentino, cioè si procede per zone di disinfezione, che le autorità sanitarie, veterinarie, delimitano di anno in anno. Io sono un profano, ma ritengo che, trattandosi di malattie infettive, il sistema delle zone di bonifica, sia un sistema meno valido di quello che potrebbe essere la bonifica su uno spazio, su di un'area più grande, come potrebbe essere quella della Provincia o quella dell'intera Regione. Perché evidentemente, finché esisteranno delle zone da bonificare, esisteranno dei focolai di infezione e di diffusione delle malattie contagiose del bestiame. Allora, è più giusto, è più razionale che noi spendiamo quello che c'è da spendere, l'Ente pubblico spenda quello che c'è da spendere nel giro di 10 anni, ottenendo risultati indubbiamente inferiori, ritardando gli incrementi di reddito che da un risanamento veloce potrebbero derivarne a tutta la zootecnia, o è più razionale concentrare lo sforzo di intervento e dilazionare il costo di questo sforzo? Mi pare che risponda a criteri di economia non solo degli Enti pubblici, ma anche del privato cittadino l'acquisto a rate. Mi pare che il paragone possa calzare. Uno non accumula le 5.000 lire al mese e quando le ha tutte compera l'elettrodomestico, oppure non compera un pezzo di elettrodomestico ogni mese colle 5.000 lire che riesce a risparmiare; trova il modo di farsi fare il credito e differisce nel tempo il pagamento. Il servizio che con ciò si procura se lo procura tutto in una volta. Possiamo seguire come Ente pubblico un criterio del genere? Lo abbiamo seguito molte volte, non

vedo perché non si deva seguire qui. Cioè predisposizione di un piano generale di risanamento, e penso che forse ci sarà, mancheranno solo i mezzi, ammannimento dei fondi necessari per affrontarlo, smaltimento del debito che si va a fare per questa necessità negli anni futuri. L'operazione in fondo è tutta qui; non è che proponendo quello che si è proposto, si sia voluto artificialmente aumentare la gravità delle infezioni e delle malattie del bestiame, sono quelle che sono, che sono note più ai signori della Giunta che non a noi, i quali dispongono doverosamente e necessariamente di dati che noi qualche volta non abbiamo sottomano. Sono note, non c'è niente da inventare, quindi riteniamo che l'intervento sia più efficace in questa maniera. Per esempio, è sufficiente la quota attuale di risarcimento per l'abbattimento del bestiame infetto? Vien dato il 50% della differenza calcolata, il prezzo a peso vivo e il prezzo realizzato dopo l'abbattimento precoce, prematuro, che viene eseguito per causa di malattia. Cioè quando il contadino, l'allevatore, ci rimette 50.000 lire fra i due prezzi, 25.000 vengono date dall'Ente pubblico. Questo, che cosa comporta? Necessariamente una remora agli abbattimenti, perché non sempre l'allevatore è disposto a rimetterci le 25, le 30, le 40.000 lire, e allora tira avanti con la sua bestia malata, che produce meno e che è permanente e vivente focolaio di infezione. Mi pare quindi che, per appoggiare la proposta che anche noi abbiamo firmato e che è stata illustrata dai colleghi che mi hanno preceduto, ci siano argomenti più che sufficienti.

Parleremo, a proposito del bilancio dell'agricoltura, anche di altre forme di intervento che riteniamo opportune da parte della Regione, per incrementare, per facilitare per lo meno, l'incremento della zootecnia, ma mi pare che la fondamentale, quella basilare, — e mi smenti-

scano i tecnici se dico una cosa inesatta o addirittura una schiocchezza, — sia quella del risanamento del bestiame, che è la materia prima senza la quale, evidentemente, non esiste neanche la voce « zootecnia ».

PRESIDENTE: La parola al consigliere Kessler.

KESSLER (Presidente G. P. - Trento - D.C.): Desideravo su questo argomento dire anch'io due parole, relativamente alla situazione che è stata esaminata, dal punto di vista del risanamento zootecnico per quanto riguarda la provincia di Trento. Con questo non intendo pronunciarmi sulla proposta di emendamento, perchè questo eventualmente mi riservo di farlo solo dopo aver sentito il parere della Giunta. E quindi mi limito a questo aspetto particolare, che è indubbiamente importante. Vorrei dire al consigliere Raffaelli che, senza dubbio, condividiamo in linea teorica, e quindi anche in linea pratica, tutte le considerazioni che riguardano l'importanza fondamentale nella economia agricola del settore zootecnico e quindi condividiamo evidentemente anche l'importanza e la necessità di partire dal risanamento. E difatti la provincia di Trento l'ha dimostrato anche a fatti, perchè, anche su una competenza dubbia, in questi ultimi anni la provincia di Trento ha fatto degli stanziamenti ad hoc per questo settore, che, se rispetto al fabbisogno generale possono essere ritenuti modesti — come il cons. Raffaelli ritiene — stanno per lo meno a dimostrare che la Giunta provinciale capisce la necessità del problema e cerca di integrare anche i fondi regionali. Ora, per quanto riguarda il criterio di risanamento, che qui è stato un po' discusso dal consigliere Raffaelli, io mi permettevo di dire questo: il criterio di seguire una zona alla volta può essere discusso, in ogni caso è certo che, non

potendolo fare tutto simultaneamente, l'unico sistema che rimane è quello, perchè evidentemente non lo possiamo fare con criteri che non siano anche, dal punto di vista sanitario, adeguati. Raffaelli dice che bisognerebbe farlo tutto simultaneamente. Anche su questo io posso concordare come volontà, perchè, se noi potessimo fare il risanamento del nostro patrimonio zootecnico simultaneamente su tutto il territorio della Provincia, invece di fare in 10 anni, farlo in 5 anni, o possibilmente farlo in due anni, da un punto di vista teorico, sarebbe l'optimum da raggiungere. Però, consigliere Raffaelli, d'accordo teoricamente su questo, bisogna che noi della Provincia di Trento facciamo il conto con una situazione che per certi aspetti è parecchio diversa, quanto meno, da quella della Provincia di Bolzano. Anzitutto bisogna tener conto della percentuale che troviamo di bestie ammalate, perchè, se il bestiame affetto e da abbattere è contenuto nella percentuale del 3, 4, 5%, il discorso è uno; quando invece questa percentuale, come purtroppo oggi si sta verificando, sale al 27, e adesso pare in un'altra zona al 30%, allora il discorso diventa veramente difficile. E diventa difficile per due motivi: prima di tutto perchè il contributo dato al contadino che deve abbattere la bestia, anche se aumentato, — e io sono dell'opinione che se vogliamo fare qualche cosa, dobbiamo andare incontro di più — anche aumentando e raggiungendo le cifre che raggiungeva all'inizio dell'azione della Provincia di Trento, — che era quasi sul 100%, quando la percentuale, ripeto, era il 2,5%, il 3% nella zona, — ciononostante, ripeto, un certo sacrificio per la sostituzione del capo è sempre richiesto anche al contadino. Ora, se la percentuale è alta, anche se lo sforzo dell'intervento pubblico è notevole, qui da noi, le nostre piccolissime, microscopiche aziende agricole, tro-

vano effettivamente difficoltà finanziarie notevoli a sostituire il capo. E quindi prima ragione di remora, dalla quale nasce che molte volte, in certi nostri paesi, non riusciamo ad imporre, cioè non riusciamo a fare accettare questo nostro criterio di fare visitare tutte le bestie ed abbattere quelle malate. Qualche volta si è ricorsi anche ai carabinieri, perchè evidentemente, se in una zona c'è anche il 90% che accetta la terapia, ma c'è il 10% che non l'accetta, e non disponiamo degli strumenti giuridici per poterla fare accettare, allora il discorso diventa un po' difficile e quindi noi purtroppo dobbiamo cercare di andare prima a fare una azione di convinzione, più o meno energica, ma che comunque ci richieda un certo tempo. Il secondo aspetto è molto più preoccupante. Quando la percentuale dei capi da abbattere sale, come nella Val di Fassa, al 27%, o quando troviamo, proprio nelle zone dove c'è la percentuale maggiore di bestie iscritte al libro genealogico, la percentuale del 30%, allora la difficoltà maggiore nasce dalla quasi impossibilità materiale di poter sostituire questi capi con altrettanti capi selezionati.

Le considerazioni che porto qui sono quelle che sono risultate da una riunione che abbiamo fatto qui nel Trentino fra tutti gli elementi interessati al problema, perchè noi si aveva intenzione di programmare in un quadriennio il risanamento totale, quanto meno della t.b.c. L'anno scorso si è ricorsi, come del resto anche anni addietro, ma l'anno scorso in misura maggiore, si è ricorsi all'importazione dalla Svizzera. Ma essendo notevole la richiesta di sostituzione di questi capi sul mercato estero della Svizzera, è venuta dentro una certa quantità di merce ottima, ma anche della merce non adeguata alla sostituzione. Questa richiesta ha prodotto anche una lievitazione di prezzi, per cui si è trovato un divario fra i conti che si

erano fatti per aiutare il contadino a sostituire la bestia, ma poi il mercato che si è lievitato ha creato ulteriori difficoltà perchè i prezzi erano superiori a quelli che in realtà si pensava di trovare. Questa è la difficoltà della sostituzione. Per noi poi nella provincia di Trento, queste difficoltà vanno viste anche sotto un altro aspetto. Noi diamo questo contributo per l'abbattimento, — e c'è anche il contributo regionale per la sostituzione, — ma la differenza che va a carico del contadino, per una gran parte dei casi, induce il contadino a non sostituire più il capo di bestiame. E non lo sostituisce non soltanto per queste ragioni, ma normalmente non lo sostituisce proprio per ragioni di ordine generale; quando la bestia c'è in stalla, finchè sta lì, sta lì, quando è fuori non la prende più. Questo deriva, evidentemente, dalla situazione economica della nostra agricoltura, in fase di trasformazione, per cui a un certo momento mi pare di dover avvertire che una azione eccessivamente accelerata in questo senso, diventa un incentivo alla diminuzione del nostro patrimonio zootecnico. Difatti, i dati statistici sono chiari nell'indicare anno per anno la diminuzione quantitativa del nostro patrimonio zootecnico, anche se è confortante l'accertamento del miglioramento qualitativo. Ma, in conseguenza della nostra azione, si è dovuto notare, — qui dati precisi non ne abbiamo, — che la diminuzione è molto più sensibile proprio nelle zone dove noi passiamo con la nostra azione.

Ho voluto svolgere queste considerazioni, non per dire che l'azione non sia necessaria e che non si debba fare, perchè se vogliamo avere un patrimonio zootecnico è indubbio che bisogna averlo in questa situazione, cioè in una situazione di salute, però, per quanto riguarda il piano di acceleramento, noi della Provincia di Trento, pur concordando, ripeto, che dobbiamo attentamente esaminare e ridurre i tempi

al minimo possibile, non possiamo non tenere conto di una situazione economica e anche di una situazione giuridica che, purtroppo, ci è soltanto parzialmente possibile modificare. In ogni caso, ripeto, dobbiamo cercare di far sì di non ottenere, con un'azione molto accelerata, di diminuire alla metà o quasi il nostro patrimonio zootecnico, il che sarebbe un ulteriore aggravio e un ulteriore danno per la nostra economia in genere.

Ecco, detto questo, per quanto riguarda il merito dell'emendamento, mi riservo eventualmente di esprimere il parere dopo che avremo sentito la Giunta.

PRESIDENTE: Per fare una discussione ordinata, chi interviene, interviene per dire se è d'accordo sull'emendamento. I presentatori hanno giustificato ampiamente i motivi del loro emendamento. Ma non mi pare che si possa intervenire su una questione di materia, senza concludere questa argomentazione, perchè altrimenti si fa una discussione per materia e non una discussione attinente all'emendamento. Quindi, quelli che intervengono sono pregati di spiegare le ragioni per le quali sono favorevoli o meno all'emendamento, perchè l'oggetto è l'emendamento. La discussione sulla materia dell'agricoltura la faremo quando l'Assessore dell'agricoltura avrà fatto le sue dichiarazioni programmatiche, altrimenti introduciamo qui una discussione programmatica.

Ora, prego coloro che vogliono intervenire, di attenersi ai motivi della richiesta dell'emendamento, cioè dell'accensione del mutuo, dichiarando se sono favorevoli o meno.

La parola al consigliere Fioreschy.

FIORESCHY (S.V.P.): Ich habe die bisherige Diskussion mit großem Interesse verfolgt. Ich habe verschiedenes über die Viehseuchenbekämpfung gehört aber zu wenig über

die Bedeutung des Fremdenverkehrs. Ich glaube, es muß zu dem, was mein Vorredner Dr. Brugger bereits gesagt hat, noch etwas hinzugefügt werden.

Der Regionalausschußpräsident hat in seinen Ausführungen das Thema angeschnitten, daß seine Verwaltung sich in der Hauptsache mit dem wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt befassen wolle und alles tun werde, um die nötigen Mittel ausfindig zu machen und die Art und Weise, wie sie dazu gelangen könne. Auf dem Sektor des Fremdenverkehrs im besonderen, hat er gesagt, wolle es sich die Region in dieser Legislaturperiode besonders angelegen sein lassen, eine zweckmäßige Fremdenverkehrspolitik in der Region durch Verstärkung der örtlichen Körperschaften des Fremdenverkehrs, wie der Landesfremdenverkehrsämter, der Kurverwaltungen bzw. Verschönerungsvereine zu betreiben. Aber, meine Herren, das bleibt ja nur ein frommer Wunsch, wenn wir dazu nicht die Substanz liefern! Wenn man die vom Regionalausschuß vorgelegte Bilanz betrachtet und sieht, wie gering die Mittel sind, die für diesen wirtschaftlich so wichtigen Sektor zur Verfügung gestellt worden sind, so muß man sich ja an den Kopf greifen! Und diese Kritik, meine Herren, kommt nicht nur von meiner Seite, sondern auch von anderen Seiten. Vergleichen Sie beispielsweise die Finanzmittel, die in den anderen autonomen Regionen Italiens für den Fremdenverkehr zur Verfügung gestellt werden! Vergleichen Sie die Mittel, die Sizilien, Sardinien und das kleine Aostatal zur Verfügung stellen, die auch relativ unsere Bilanzmittel bei weitem übertreffen. Wenn wir weiters den geringen Prozentsatz der für den Fremdenverkehr in der Regionalbilanz zur Verfügung gestellten Mittel mit dem perzentuellen Anteil des Fremdenverkehrs am Volkseinkom-

men in der Region (10%) vergleichen, so muß ich eine ganz ungerechte Behandlung des Fremdenverkehrs, dieses für unsere heimische Wirtschaft so wichtigen Sektors, feststellen. Wir sprechen immer wieder von der Schaffung neuer Arbeitsplätze zur Hebung des Volkseinkommens und lassen ein so wichtiges Wirtschaftsgebiet brachliegen, indem wir ihm nicht die nötige Substanz zur Verfügung stellen, damit es sich entwickeln kann. Der zuständige Assessor wird mir recht geben, wenn er mit den peripherischen Ämtern und den Wirtschaftsoperatoren auf diesem Gebiet die nötigen Kontakte aufgenommen haben wird. Es muß immer wieder auf diese Notwendigkeit hingewiesen werden.

Schauen wir uns einmal die Mittel an, die für den Fremdenverkehr in der Regionalbilanz zur Verfügung gestellt werden. Schauen wir beispielsweise das Kapitel 133 an, die Mittel, die den Landesfremdenverkehrsämtern zur Verfügung gestellt werden. Es ist ja heute eine Erfahrungstatsache, daß man eine Hebung des Fremdenverkehrs nur dann erzielen kann, wenn man die nötige Propaganda macht. Wenn man bedenkt, daß für beide Provinzen nur 40 Millionen Lire zur Verfügung stehen, so muß man sagen, daß das geradezu lächerlich wirkt. Dasselbe gilt für die Gelder, die für die Kurverwaltungen und für die Verschönerungsvereine der beiden Provinzen zur Verfügung stehen. Wenn man bedenkt, daß sich durch die anspruchsvolle Tätigkeit, die wir in unserem Sektor immer wieder entfalten, auch die psychologische Aufgeschlossenheit unserer Bevölkerung gegenüber dem Fremdenverkehr vergrößert und daß wir dadurch bewirken, daß sich die örtlichen Verschönerungsvereine und Kurverwaltungen vermehren, so glaube ich, daß diese Aktion ohne weiteres unterstützt werden müßte und wir auf diesem Weg weiterschrei-

ten müssten. Wenn wir aber sehen, daß diese Körperschaften an Zahl immer weiter zunehmen und die zur Verfügung gestellten Mittel immer weiter abnehmen, dann, meine Herren, kommen wir einfach nicht weiter: das heißt ja den Fremdenverkehr geradezu umbringen.

Der Hauptgrund, weshalb ich persönlich den Abänderungsantrag unterschrieben habe, war, Ihnen die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen, um auf diesem wichtigen Sektor in substantieller Hinsicht wirksamer eingreifen zu können.

(Ho seguito con vivo interesse il dibattito e gli interventi sinora succedutesi. Ho sentito parecchie cose sulla lotta contro le malattie infettive del bestiame, assai poco però per quanto riguarda il turismo e la sua importanza. Penso che debba essere aggiunto ancora qualcosa a quanto, prima di me, ha detto il dott. Brugger.

Il Presidente della Giunta ha toccato nelle sue dichiarazioni il problema del progresso economico e sociale, del quale l'Amministrazione da lui diretta intenderebbe occuparsi principalmente e fare di tutto per reperire i mezzi necessari, come pure le vie per raggiungere tale obiettivo. Parlando del settore del turismo egli aveva in particolare detto che nel corso di questo periodo legislativo la Regione si sforzerebbe di dare particolare cura alla realizzazione di una adeguata politica turistica attraverso il rinvigorismento delle istituzioni locali dell'industria turistica quali sono l'Ente provinciale del turismo, le Aziende di cura e soggiorno e le Pro loco. Ma, signori miei, tutto questo rimarrà soltanto un pio desiderio se non disporremo della sostanza all'uopo necessaria! Chi esamina lo stato di previsione presentato dalla Giunta regionale si stupirà, mettendosi le mani nei capelli, nel constatare quanto limitati siano i mezzi previsti per un settore di

tanta importanza economica! Questa critica, signori, non parte soltanto da me, ma viene svolta anche da parte di altri. Basti confrontare ad esempio i mezzi finanziari che le altre Regioni autonome italiane stanziavano a favore del turismo. Basti mettere a confronto i mezzi stanziati dalla Sicilia, dalla Sardegna e dalla piccola Val d'Aosta con quelli del nostro bilancio per constatare che gli stessi sono largamente superiori a quanto da noi previsto. Se inoltre si confronta la esigua percentuale dei mezzi stanziati attraverso il nostro bilancio per il turismo con la percentuale del turismo rispetto al prodotto sociale della Regione (10%), allora si è costretti di rilevare il trattamento assolutamente ingiusto riservato al turismo, e cioè, ad un settore di tanta importanza per l'economia locale. Si continua a parlare della necessità di creare nuovi posti di lavoro per aumentare il nostro prodotto sociale, mentre si sta lasciando nell'abbandono questo settore importante della nostra economia per non rifornirlo delle sostanze necessarie per il suo sviluppo. L'Assessore competente non potrà non darmi ragione, se si sarà reso conto della situazione attraverso i contatti con gli uffici periferici e gli operatori economici del settore in parola. Non si farà comunque mai abbastanza per richiamare l'attenzione sulle esigenze da me accennate.

Guardiamo un po' più da vicino i mezzi previsti nel bilancio regionale per il turismo. E diamo per esempio un'occhiata al cap. 133 riguardante i fondi stanziati a favore degli Enti provinciali per il turismo. Come l'esperienza di questi giorni insegna non è possibile incrementare il turismo senza svolgere la necessaria propaganda. Orbene: considerando che per entrambe le province sono previsti appena 40 milioni di lire, non si può fare a meno di dichiarare che ciò appare addirittura cosa ridicolo-

la. Purtroppo la stessa lagnanza va fatta anche per quanto riguarda i fondi previsti per le Aziende di cura e di soggiorno e per le Pro loco delle due province. Considerando inoltre il fatto che attraverso l'attività stimolante intrapresa sempre di nuovo a favore del settore in parola si sta ottenendo una predisposizione psicologica migliore della nostra popolazione nei confronti del turismo, facendo sì che le Pro loco e le Aziende di cura si moltiplichino, considerato tutto questo, credo non sia difficile comprendere la necessità di incoraggiare senz'altro tale azione e di proseguire sulla via intrapresa. Se però dobbiamo vedere come i citati organismi aumentano costantemente di numero mentre invece i mezzi previsti stanno sempre più restringendosi, allora, signori miei, dobbiamo dire che in questo modo non si può assolutamente continuare, poichè ciò significherebbe di scavare addirittura la tomba al turismo come tale.

Il motivo principale per cui io personalmente ho firmato la proposta di emendamento era di mettervi a disposizione i mezzi necessari per poter intervenire sostanzialmente e con più efficienza in questo settore importante.)

PRESIDENTE: Essendo che raccolgo sempre una certa critica perchè io lascio parlare alcuni consiglieri che si ritiene siano fuori argomento, preciso che è in discussione un emendamento che dice « Maggiori assegnazioni alle Province per la lotta contro le malattie infettive del bestiame — mutuo da accendere per maggiori assegnazioni alle Province nonchè per la lotta contro le malattie infettive del bestiame, per il potenziamento dell'industria turistica e per la sistemazione dei bacini montani ». Questo resta, non è stato tolto. L'altro emendamento dell'accensione dei debiti è la parte formale per la sistemazione contabile del mutuo.

Io prego la Giunta di prendere la parola e di dire al Consiglio se il 32 bis, nella dizione precedente, può essere sistemato in bilancio e se ci sono osservazioni di natura formale e sostanziale. È una questione di regolamento che sto facendo.

La parola al Presidente della Giunta.

DALVIT (Presidente G.R. - D.C.): Questa questione non è stata sollevata da alcuno. Secondo me però è stata risolta dai presentatori, quando hanno proposto un emendamento sul piano formale e sul piano sostanziale corretto, con spostamento al cap. 37. Qui stiamo già discutendo di un 37 bis, mentre dobbiamo ancora passare il 33, 34 ecc., quindi anche il locus materiae non è questo. Ad ogni modo la realtà è questa: la formulazione esatta non può essere che la seconda, evidentemente, se i presentatori stessi, — prendo gli argomenti dagli altri, non vado a documentarlo io, — se i presentatori stessi hanno sentito la necessità di modificarlo. Quindi è evidente che il primo cade. Come possono coesistere due capitoli fatti così? Quindi il secondo è sostitutivo del primo. Il primo rispecchia la sostanza, e sulla sostanza si è parlato e si può continuare a parlare, ma dal punto di vista formale, credo che l'emendamento che deve essere votato sia il secondo. Non c'è dubbio.

PRESIDENTE: Questi due emendamenti sono sostitutivi del primo. Qui non si dichiara che sono sostitutivi perchè erano emendamenti — almeno così ho interpretato l'intervento — nell'intenzione dei proponenti che istituivano il cap. 37 bis per il mutuo ecc., mentre si voleva mantenere l'emendamento 32 bis per questa destinazione. Perchè se viene soppresso, allora si parla solamente sulla questione del 37 bis, e allora dobbiamo sospenderla e discuterla al 37. Prego, consigliere Brugger, sulla questione

del regolamento, prima di entrare nel merito.

BRUGGER (S.V.P.): Selbstverständlich ist die Auslegung des Präsidenten des Regionalrates sowie des Präsidenten des Regionalausschusses richtig, daß wir nur über den zweiten Abänderungsantrag abstimmen können. Das Darlehen kann aber nur unter der Bedingung aufgenommen werden, daß der Verwendungszweck des Betrages, den wir aufnehmen wollen, bestimmt wird. Deswegen können wir nach meinem Dafürhalten jetzt ohne weiteres mit der Diskussion der Kapitel fortfahren und bei Kapitel 37/bis die Aufnahme des Darlehens beschließen. Anlässlich dieses Beschlusses kann dann noch über die Maßnahmen, die mit dem Betrag durchgeführt werden sollen, gesprochen werden, und zwar im Zusammenhang mit dem ersten Abänderungsantrag, den wir gestellt haben. Wenn Kap. 37/bis zur Diskussion kommt, dann können noch Vorschläge über eine höhere Zuteilung an die Provinzen, für die Tierseuchenbekämpfung, zur Förderung des Fremdenverkehrs und für Wildbachverbauungsmaßnahmen vorgebracht werden.

(L'interpretazione data dal Presidente del Consiglio regionale e dal Presidente della Giunta, di potere cioè votare soltanto sul secondo emendamento, è naturalmente esatta. Il mutuo potrà essere acceso solo alla condizione che si stabilisca la destinazione della somma che intendiamo assumere come mutuo. A mio parere possiamo pertanto senz'altro continuare nella discussione dei capitoli e deliberare al cap. 37 bis l'accensione del mutuo. In occasione di questa delibera si potrà ancora discutere dei provvedimenti da attuare con tale importo e precisamente in connessione con il primo emendamento da noi presentato. Quando poi si discuterà sul cap. 37 bis, si potranno fare ulteriori proposte per una maggiore assegnazione

da farsi alle Province per la lotta contro le malattie infettive del bestiame, per l'incremento del turismo e per la sistemazione dei bacini montani.)

PRESIDENTE: Scusate, allora è meglio che sospendiate la discussione su questo mutuo e che ci ritroviamo nei singoli capitoli di spesa a fare delle proposte di utilizzazione che possono ammontare a 800 milioni, a 600 o quello che sarà, e allora si deciderà. È una sospensione, non una decisione negativa; è una sospensione sulla decisione di merito, lasciando che si collochi una discussione nei vari singoli Assessorati. Comunque questo è modificato, non c'è il 32 bis. Allora formalmente siamo al 33, perchè ci sono il 37 bis e il 32 bis. Se è il 37 bis, allora siamo al 33 e si deve discutere il 33 prima, se il 32 bis cade. Questo che cos'è? Volete dirmi che cosa è questo? Qui c'è un altro capitolo citato da voi.

BRUGGER (S.V.P.): Della legge!

PRESIDENTE: Ah! Della legge al bilancio. Scusate, allora resta solo il 37 bis.

Cap. 33 - Per memoria.

Cap. 34 - È posto ai voti il cap. 34: approvato a maggioranza con 5 astenuti.

Cap. 35 - Per memoria.

Cap. 36 - Per memoria.

Cap. 37 - Per memoria.

Adesso abbiamo il 37 bis: « Netto ricavo mutuo a pareggio del presente bilancio ».

Le motivazioni che hanno indotto a fare questo emendamento le abbiamo sentite illustrate nel merito prima, a lungo. Adesso è aperta la discussione sul capitolo.

La parola al cons. Nardin.

NARDIN (P.C.I.): Brevemente, per dire che noi siamo d'accordo con questa proposta,

però ci sentiamo in dovere di fare alcune osservazioni e alcune proposte, sperando che gli Assessori competenti dicano qualcosa. Nel primo caso, malattie contro il bestiame, non so chi è l'Assessore competente, se assistenza sanitaria o agricoltura, comunque uno ci sarà per rispondere. L'assistenza sanitaria può riguardare anche il bestiame, ma ad ogni modo, capisco la relazione del prof. Molignoni. Si è dissertato in lungo e in largo sulla politica zootecnica che dovrebbe essere attuata, ecc., si è perso però di vista un elemento importante, su cui abbiamo discusso ampiamente negli anni scorsi in Consiglio regionale, oltrechè a Bolzano in Consiglio provinciale: qual è l'intervento che i proprietari di bestiame, soprattutto i piccoli e i medi, si attendono dall'Ente pubblico, per consentire loro di curare, senza eccessivi oneri, il bestiame. Noi abbiamo sollevato anni fa, il problema dell'assistenza veterinaria gratuita, sul quale ritorniamo anche in questa sede. Occorre, quando si parla di lotta contro le malattie del bestiame, trovare finalmente una forma efficace di intervento, che assicuri, gratuitamente ai piccoli proprietari di bestiame e semigratuitamente ai medi, questa assistenza veterinaria. Perchè, una delle ragioni per cui le malattie persistono in determinate zone, è soprattutto rappresentata dal fatto che il contadino, prima di chiamare il veterinario, ci pensa 10 volte; ci pensa tante volte per i propri figli, dati certi oneri, ci pensa ancora di più per il bestiame. A che punto stanno le cose? Nella provincia di Bolzano io devo dare atto che l'assessore Brugger e la Giunta — anche grazie alle insistenze, credo, non soltanto della mia parte, ma di altre parti di opposizione —, hanno realizzato delle iniziative nel corso di questi ultimi tempi, che hanno portato in pratica ad assicurare, attraverso i vari interventi amministrativi, quasi gratuitamente questa as-

sistenza veterinaria. Io penso che bisognerà sistemare, dal punto di vista legislativo, questi interventi in maniera da assicurare un diritto per determinati proprietari di bestiame, e un dovere per l'Ente, soprattutto tenendo distinto il piccolo proprietario di bestiame dal grande proprietario di bestiame. Quindi, bisognerà pure finalmente trovare il modo di realizzare una efficace politica, del resto già realizzata in altre plaghe d'Italia con molto successo, relativa all'assistenza veterinaria gratuita o semigratuita per certe categorie. Quindi credo che in questo senso molto si possa fare e molto si potrà realizzare, in modo da non dover registrare quelle statistiche anormali e negative, che, in quanto a malattie di bestiame, ogni anno siamo costretti a registrare. Io mi auguro quindi che questo fondo che ci si propone, attraverso questo emendamento, di destinare alle province per la lotta contro il diffondersi delle malattie nel bestiame, sia utilizzato anche in questo senso, onde far sì che quest'anno finalmente si possa vedere in tutta la Regione una politica più efficace che nel passato a questo riguardo.

Secondo: politica turistica, contributo che si intende assegnare con questo emendamento. Non starò qui a fare i pistolotti a favore del turismo, ecc., c'è stato chi li ha fatti, però a un bel momento possiamo continuare a pensare allo sviluppo turistico soltanto in questo senso, che se si danno soldi all'Ente del Turismo e alle aziende di cura e soggiorno, il turismo sarà salvo, altrimenti il turismo deperirà. A parte il fatto che nell'Alto Adige quando si parla di turismo, occorrerà anche parlare di qualcosa d'altro, perchè, se non si realizza cioè una situazione politica più normale, di maggiore distensione e meno rumorosa, il turismo ne soffrirà, questo lo dicono gli interessati, i primi interessati, gli uomini che vivono il turismo e che hanno anche i rappre-

sentanti politici adeguati in ogni settore della vita pubblica, i quali però mi pare non corrispondano sempre alle attese nel senso che non assicurano una politica tale da andare incontro a queste esigenze delle categorie turistiche. Ma questo è un discorso che si può fare in altro momento. Però, nel campo strettamente così turistico, si può continuare coll'andazzo tradizionale? Enti del turismo, aziende di cura e soggiorno, pro loco, Regione, Province che si interessano, Comuni. Adesso sono intervenuti i decreti del Governo, 1044, 1042, dopo la delega concessa dal Parlamento, relativi al riordinamento degli Enti provinciali per il turismo e alle aziende autonome di cura e soggiorno. Innanzi tutto c'è un problema. La Regione, con le sue competenze, di fronte a queste leggi, che atteggiamento intende assumere? Nella relazione del Presidente della Giunta troviamo una riga e mezza « riordinamento degli enti turistici ». Cosa si intende con questo? Cambiare soltanto il nome e lasciare le cose come stanno o si intende modificare qualche cosa nella struttura, diciamo, organizzativa?

PRESIDENTE: Questa è materia di organizzazione, non di finanziamento.

NARDIN (P.C.I.): Arrivo anche qui. C'è chi, come l'assessore Corsini, con quattro parole che l'« Alto Adige » definisce « dura risposta », riesce a cavarsela e non dir niente; c'è chi ha bisogno, per spiegare... due minuti, Presidente, e mi collego all'emendamento... Ora, dico, questi denari, come si intendono impiegare? Continuando come è avvenuto finora? Cioè, dato che il senatore von Breitenberg ci ha scritto una lettera anche in questi giorni, in cui come ogni anno pietisce fondi dalla Regione, — e allora si ricorda dei consiglieri regionali, — diamo soldi a questo Ente ed il

turismo è salvo? Non credo. A un bel momento io sollevo la questione qui. Sono tra i firmatari dell'emendamento, signor Presidente, e dico che i denari dovranno pur essere impiegati diversamente da quanto è stato fatto finora per lo sviluppo, per il potenziamento del turismo. E pongo anche un problema generale. Noi abbiamo oggi il dovere, dopo tante promesse e dopo tanti impegni assunti, di rivedere tutta la questione dell'organizzazione turistica, perchè si può e si deve fare altrimenti. Innanzitutto non si capisce perchè debbano permanere gli Enti del turismo di Trento e di Bolzano; non si capisce perchè le aziende di cura e soggiorno debbano funzionare con una fittizia autonomia nel modo come funzionano, e non parliamo delle pro loco! Signori, continuiamo ogni anno a parlare di riordinamento degli Enti turistici; ma diciamo che cosa vogliamo, perchè il titolo del romanzo lo conosciamo ormai a memoria. Allora questi denari, bisognerà vedere di impiegarli meglio che nel passato. Riordiniamo questi Enti del turismo, cerchiamo di abolirne qualcuno, cerchiamo di regionalizzare meglio, con deleghe alle Province, tutto il settore dell'organizzazione turistica. Non vedrei male, un domani, la istituzione di apposite zone turistiche, che non si chiamino soltanto « Madonna di Campiglio » o « Ortisei » o « Bondone ». Si creino anche zone che, con adeguati interventi pluriennali e con piani di sviluppo turistico, possano diventare fiorenti dal punto di vista turistico.

In secondo luogo, istituiamo lì degli Enti, — chiamamoli aziende di cura e soggiorno, come vogliamo, — che operino a nome della Regione e delle Province, in questo senso. In tal modo noi potremo ampliare questa area turistica di così grande pregio e soprattutto di così grande interesse economico e sociale per la nostra Regione. Ma tutte queste cose quando

le vogliamo fare? Anche l'atteggiamento della S.V.P. è strano: una volta diceva corna dell'Ente del turismo; dal giorno in cui qualche senatore ne ha assunta la presidenza, bisogna difendere, potenziare l'Ente del turismo. Perciò mettiamoci d'accordo. È una sovrastruttura inutile l'Ente del turismo provinciale, lo dico qua chiaramente, non mi interessa se mi accuseranno di lesa patria. Si può fare meglio, riorganizzando questi enti e queste organizzazioni, regionalizzando tutto il settore dell'organizzazione turistica, assicurando direttamente l'intervento della Regione, delle Province, dei Comuni, soprattutto del processo di sviluppo del turismo, assicurando la loro presenza costante, non tramite enti che sono sempre in posizione parastatale o forse un domani pararegionale, o altro, ma assicurando direttamente la presenza di questi enti che devono presiedere a una politica di sviluppo turistico nella nostra regione, attraverso piani e attraverso la istituzione delle zone turistiche. Ma tutto questo finalmente deve venir fuori, non attraverso i titoli della questione, ma attraverso concrete proposte, concreti studi, dato che siamo in permanente fase di studio, qui in Regione. Ed ecco come ci colleghiamo all'emendamento. Io sono d'accordo di votare questo emendamento, però chiedo che questi denari non vengano semplicemente consegnati agli Enti del turismo come è avvenuto finora, e il turismo è salvo, ma vadano impiegati diversamente. Ecco motivato, anche con delle proposte e delle riserve, il voto mio e credo del collega Canestrini a questo emendamento.

PRESIDENTE: La seduta è sospesa per cinque minuti.

(ore 11,05).

Ore 11,30.

PRESIDENTE: È iscritto a parlare il consigliere regionale Preve Ceccon.

Ha la parola.

PREVE CECCON (M.S.I.): Non v'ha dubbio che debba esprimere io la mia adesione all'emendamento di cui si è discusso fino a questo momento, proprio per il motivo che esso porta in calce le firme e del consigliere Mitolo e mie, ma debbo dare anche una spiegazione al perchè di questo. Senz'altro ci sta molto a cuore la bonifica integrale della razza bovina dell'Alto Adige, su questo, penso, possiamo essere tutti quanti d'accordo, ma non è tanto questo motivo d'ordine economico che ci ha spinti a mettere le nostre firme in calce all'emendamento. Il motivo va ricercato in altro articolo, in un articolo dello Statuto, esattamente nell'art. 73. Perchè è adesso, veramente, che si ripropone tutta la validità di quanto in esso articolo è contenuto, e si ripropone la validità di una discussione che a lungo abbiamo condotto qui dentro, sulla interpretazione che parte del Consiglio ad esso vuol dare, sull'interpretazione che l'on. Ministro degli interni ha dato, rendendo valido lo scorso anno i bilanci che non avevano ottenuto maggioranza qualificata nell'insieme delle due Province. Il problema sta qua ancora nell'on. Giunta, ed è con curiosità che io aspetto quello che il Presidente della Giunta ci vorrà dire: se accetta o non accetta l'emendamento. Se l'emendamento viene accettato, è evidente che, dalle dichiarazioni fatte a noi dall'on. Presidente del Consiglio, è evidente che il Ministro degli interni non avrà alcuna difficoltà ad approvare il bilancio con l'emendamento accolto, in quanto è accolto dalla Giunta, ma deve avere l'approvazione del Consiglio, approvazione qualificata nelle Province, approvazione a maggioranza assoluta dell'insieme del Consiglio regionale.

Quindi, con questo emendamento, non v'ha dubbio che l'opposizione, e per essa la S.V.P., in linea di massima deve dichiararsi soddisfatta, perchè viene accolta una richiesta fondamentale, 800.000.000, che ci porta ad impegnare tutte le disponibilità ancora libere del nostro bilancio. La Regione non potrà più accendere mutui, avremmo raggiunto il plafond che ci è consentito, e quindi, questo accoglimento è veramente da considerare di importanza massima. La Giunta lo accetta, nuovo capitale affluisce nei singoli articoli del bilancio, mi pare non ci sia altro da chiedere, e allora la S.V.P. dovrà votare il bilancio in senso affermativo. In questo modo, veramente, quello che è un argomento fondamentale, di estrema importanza per condurre una battaglia politica, viene automaticamente ad essere spuntato; non sarà più disponibile la invocazione che si era contrari al bilancio, perchè portava danno, così come esso era concepito, a quelli che erano gli interessi preminenti della provincia di Bolzano. Oppure si vota contro al bilancio, malgrado ci sia questo emendamento, che può essere accolto dal Consiglio ma respinto dalla Giunta, e le dichiarazioni fatte dall'on. Presidente di questo Consiglio, dopo il colloquio avuto con il Ministro degli interni, non ci garantisce che venga approvato il bilancio del Consiglio, ma anzi ci dovremmo trovare nella situazione che il Ministro degli interni, proprio per garantire quelli che sono i legittimi interessi della Provincia di Bolzano, che ha votato contro perchè li sentiva minacciati, si vede costretto a togliere l'emendamento e lo stanziamento proposto con esso emendamento, per ripristinare quell'equilibrio che era stato rotto e violentato in quest'aula dall'on. Consiglio. Quindi voi vedete che proprio per questi motivi di fondo noi, con estremo gaudio ed estremo piacere e grande gioia, abbiamo apposto le firme in calce al documento che fino ad

oggi si è discusso. Attendo quindi, veramente con ansia, le dichiarazioni del Presidente della Giunta; voglio sentire se la Giunta accetta o respinge questo emendamento. Da questo suo intervento, credo potremmo avere subito, anticipato, quello che potrà essere l'atteggiamento dei singoli gruppi in sede finale di votazione del bilancio proposto alla nostra attenzione.

PRESIDENTE: La parola al Presidente della Giunta.

DALVIT (Presidente G.R. - D.C.): Devo premettere (e questo non per fare polemica, ma perchè essendo l'inizio della legislatura è necessario che cerchiamo di stabilire talune linee, perlomeno nella prassi delle nostre discussioni, soprattutto per quanto concerne i bilanci) che non mi è sembrata del tutto ortodossa la lunga discussione di questa mane, che è entrata nel merito di capitoli di spesa, di vario tipo, anticipando, in forma che, ripeto, non voglio definire polemicamente disordinata, ma certamente non lineare su quello che deve essere, secondo me, lo svolgimento dei lavori. L'impostazione data dalla Giunta alla discussione del bilancio ha avuto come premessa una relazione di carattere generale che toccava un po' tutti i settori, e che attendeva evidentemente di essere integrata, di essere criticata, in sede di discussione generale. Si è poi anticipata la dichiarazione che i singoli Assessori, all'inizio dei capitoli riguardanti ogni Assessorato, avrebbero fatto delle dichiarazioni. Quindi, nasce evidentemente della confusione, che non conferisce, credo, nè alla chiarezza, nè alla sollecitudine, nè comunque ad uno svolgimento, possibilmente sollecito, dei lavori. Perciò pregherei che d'ora in poi si facesse grazia di questa necessità, di una certa procedura nella discussione. Si sta parlando delle entrate. È vero che questa discussione è nata per una ragione specifica;

cioè, nel proporre l'accensione di un mutuo a pareggio del bilancio, da parte dei proponenti si è cercato di illustrare le ragioni della proposta, e si è cercato di impegnare il Consiglio già sui capitoli di spesa, giustificando l'accensione del mutuo attraverso l'illustrazione delle necessità dei singoli settori che dovrebbero beneficiare dei fondi così ammanniti. Quindi, ripeto, salvo l'aspetto della lunghezza, una qualche giustificazione c'è. Però, anche proprio per dare un certo contenuto a quello che diranno gli Assessori, pregherei, se possibile, che si desse tempo al tempo e si arrivasse alla discussione di merito quando è il momento più opportuno. Fatta questa premessa, dirò che come orientamento della Giunta, s'era già pensato, e nella mia relazione c'era una anticipazione, alla accensione di un mutuo a pareggio del bilancio. Quindi la Giunta non è contraria all'accensione di un mutuo; naturalmente essa discute sulla spesa dei mezzi ricavati dall'accensione di questo mutuo. Perciò mi sia consentito di fare alcune considerazioni sui motivi esposti dai signori proponenti, per dire che, fondamentalmente, si è parlato di una maggiore assegnazione alle Province in conto art. 70. A parte l'aspetto giuridico della questione, l'art. 70 parla di una quota delle entrate tributarie della Regione. Quindi, secondo me, esattamente non potremmo ripartire sulle due Province il ricavo di un mutuo, in quanto, evidentemente, l'art. 70 fa riferimento alle entrate ordinarie della Regione, intendendo l'art. 70 venire incontro alle necessità ordinarie delle Province. Non credo pertanto che anche da questo punto di vista potremmo fare passare un provvedimento di questo genere — il ricavo di un mutuo, non può andare, secondo me in conto art. 70, proprio per il modo, per il dettato stesso dell'articolo che parla di una quota delle entrate tributarie non già di quota di

entrate straordinarie —. Ma, a parte questo, che potrebbe anche non risultare sul piano totale, ma oggi non può più non risultare perchè da quanto è stato detto, quella è la destinazione che si vuol dare ai fondi; a parte, diciamo, questa premessa, dirò che sono in corso delle conversazioni fra gli Assessori delle finanze, quello della Regione e quelli delle due province, allo scopo di raggiungere un accordo. Io sono convinto che quando passeremo ad esaminare il cap. 19 della spesa, se avremmo raggiunto l'accordo nella scadenza normale sta bene, altrimenti chiederemo la sospensione in modo da far sì che su questo capitolo si raggiunga lo stato di convinzione da parte delle due province e con ciò da parte del Consiglio. Quindi, questo tema dovrebbe perdere l'aspetto polemico che ha, per passare esattamente ad essere considerato secondo le reali esigenze delle due province che, ripeto, sono oggetto di attento esame da parte degli Assessorati competenti. Lotta contro le malattie del bestiame. Nessuno ha intenzione, men che meno il sottoscritto, di minimizzare questo importante settore dell'economia; tutt'altro. Anche qui non posso che dire che l'Assessore all'agricoltura avrà delle dichiarazioni da fare in proposito. Devo dire, però, che l'unica proposta di variazione in ordine a quanto stabilito nel bilancio è venuta dal consigliere Ziernhöld, il quale, durante la discussione in Commissione per le finanze, fece una proposta di 30 milioni di aumento che poi fu ritirata dopo le assicurazioni date dall'Assessore per le finanze. Io confermo che quanto detto dall'Assessore per le finanze in Commissione è ancora valido e che pertanto di questo argomento ci si occuperà ampiamente quando l'Assessore esporrà le sue opinioni in proposito, e se ci saranno delle necessità confermo che nel corso dell'anno, in occasione di variazione di bilancio, si terrà conto

di questo importante settore. Si tenga presente poi che il Piano Verde pian piano sta diventando una realtà. Questo Piano Verde, sul quale la Giunta è già impegnata per vedere che l'assegnazione alla Regione abbia ad essere quanto più possibilmente adeguata alle necessità, prevede larghe possibilità di interventi in questo settore. Non è il caso che noi sovrapponiamo proprio oggi una iniziativa da parte della Regione, quando autenticamente ci sono delle premesse abbastanza fondate di intervento da parte dello Stato in questo settore. Per quanto riguarda l'industria turistica, si tenga presente che nel capitolo dei provvedimenti legislativi in corso, ci sono 50 milioni destinati, così si dice, a favore del turismo e dell'economia turistica. L'orientamento punta su un rifinanziamento della legge alberghiera. Resta vero che anche di questo settore si occuperà l'Assessore competente al momento opportuno e che la dizione, la dicitura usata e le illustrazioni sentite, hanno carattere piuttosto di genericità. Abbiamo sentito opinioni diverse, notevolmente diverse, da parte di proponenti, da uno e dall'altro settore, quindi difficilmente è possibile accogliere proposte in forma generica. Mentre si accoglie invece la necessità del potenziamento dell'industria turistica, si riafferma che già questo bilancio prevede un notevole intervento di 50 milioni, come prima quota, quindi su un piano che evidentemente si proietta anche per il futuro. Per il merito poi, senz'altro rinvio alle dichiarazioni che farà l'Assessore, perchè penso saranno sufficientemente illustrative della volontà positiva della Giunta di proporre dei provvedimenti a favore anche di questo settore. Per quanto concerne i bacini montani bisogna dire che in bilancio abbiamo 340 milioni; va anche detto che accanto ai fondi nostri bisogna considerare l'intervento dello Stato, la legge 635 opera;

abbiamo chiesto una anticipazione di 200 milioni, ed è in corso la richiesta per un'altra anticipazione; la prima ai fini di una anticipazione sui programmi, che non è esatto dire che non esistono. Signori, loro sanno bene che esistono dei programmi molto precisi, che sono stati finanziati e che vengono attuati con una metodicità che fa veramente onore ai nostri uffici. Dirò che le delibere relative sono già state tutte passate dalla Giunta e che si è in pieno fervore di opere, in questo settore, e che si è intervenuti prima principalmente in quelle zone che erano state particolarmente colpite dalle avversità alluvionali. Dirò poi che è in corso una seconda richiesta di anticipazione che ha fondati motivi perchè possiamo pensare che possa essere accolta; anche di essa parlerà l'Assessore competente al momento opportuno. Io anticipo per giustificare un pochino quelli che sono gli argomenti che portano ad una certa conclusione. Questo congruo aumento se andasse sui 200 milioni (noi abbiamo chiesto molto di più), porterebbe già gli stanziamenti di quest'anno vicino agli 800 milioni. Signori, guardino: i nostri uffici, l'organizzazione che abbiamo, difficilmente sopporterebbero un carico maggiore. Qui potremmo discutere, anzi sarà bene che se ne discuta al momento opportuno, sul metodo come vengono eseguiti i lavori, se va, non va. È certo però che eseguire quasi un miliardo di lavori, nelle nostre zone, col limitato tempo a disposizione, senza rigonfiare eccessivamente questi uffici e queste strutture che risulterebbero poi, una volta gonfiate, assolutamente sproporzionate alle necessità del caso, penso che non sarebbe buona politica. Quindi, anche qui, esiste un'esigenza che si sente in forma veramente notevole, ma sulla quale parlerà l'Assessore competente, ripeto, per quello che è già in corso e per quello che si intende fare; penso però che, non essendo

materialmente possibile eseguire i lavori nel corso di quest'anno, sia inutile mettere a disposizione del settore, degli altri fondi che inevitabilmente andrebbero in economia. Fatte queste premesse di natura generale, devo poi dire che l'attuale situazione debitoria della Regione, sulla quale ho richiamato l'attenzione dell'on. Consiglio in apertura della seduta, si aggira sui 7 miliardi di lire. L'eventuale accensione di questo proposto mutuo di 800 milioni farebbe elevare la situazione debitoria, tenuto conto del servizio interessi del mutuo, a 8.200 milioni. Signori, sia ben chiaro che la Regione, e questo lo voglio dire con molta serietà, con molta tranquillità, perchè credo che i soldi che abbiamo ammannito attraverso i mutui accesi (non si dimentichino gli interventi a favore delle province, ecc., è inutile che questo lo dica, perchè i sigg. consiglieri conoscono esattamente come stanno le cose), hanno portato tuttavia la Regione ad avere 7 miliardi di impegni. Con 800 milioni di mutuo, come si vorrebbe proporre, calcolandolo anche a 10 anni, porteremmo il nostro globale carico, la nostra situazione debitoria, ad una cifra che è di 8 miliardi e 200 milioni circa. Signori, l'art. 66 dello Statuto parla di entrate ordinarie; quali sono le entrate e quante sono le entrate ordinarie di quest'anno? 8 miliardi e mezzo. Quindi siamo arrivati, saremmo giunti al limite, salvo 300 milioni di margine. Vogliamo indebitarci proprio fino all'ultima lira? Facciamolo, se questa è una politica che a noi, Consiglio regionale, piace, ma non mi pare che da parte nostra possano essere fatte affermazioni di questo genere. Quindi, la Giunta pensava ad un mutuo che si aggirasse nell'ordine dei 600 milioni, lasciando a disposizione della Regione ancora la possibilità di fare un mutuo di un mezzo miliardo, che se ci capita una tegola di qualsiasi tipo possa essere fatto. Dirò poi che

effettivamente i limiti di rottura, per me, sono già raggiunti con i 7 miliardi, e se noi proponiamo come Giunta i 600 milioni, è perchè crediamo che le ragioni che ci impongono di proporre al Consiglio di pareggiare questo bilancio con un mutuo di 600 milioni siano tali da giustificarlo largamente. Ma non abbiano il carattere della ordinarietà, come quelle che vengono proposte nel mutuo che la minoranza del Consiglio ha voluto proporre col suo emendamento; abbiano il carattere della straordinarietà, della effettiva urgenza. Si pensi ai danni dell'alluvione dello scorso anno, signori, che qui sono apparsi poco, ma per coloro che hanno preso visione e nel momento in cui questi danni si producevano, e adesso, della situazione delle campagne, delle attrezzature, non soltanto del mondo dell'agricoltura, ma anche delle piccole industrie e dell'artigianato, è apparso che sicuramente sono danni veramente rilevanti, sono cifre nell'ordine di parecchi miliardi. Non è per criticare il Governo, ma da parte nazionale interventi non sono stati possibili. Si è insistito più volte, e se la Giunta oggi propone al Consiglio di fare un mutuo di 600 milioni, lo fa rendendosi perfettamente conto che questi 600 milioni sono ben poca cosa nei confronti della grande entità dei danni subiti dalla nostra economia in occasione delle alluvioni. 350 milioni dovrebbero andare, — il disegno di legge è in preparazione, — a favore delle aziende agricole, delle aziende artigiane, industriali, ecc. che hanno subito danni; 150 milioni dovrebbero essere destinati all'esecuzione di opere pubbliche, soprattutto ponti, che costituiscono autenticamente una necessità e che debbono essere ricostruiti e ricostruiti bene. Il pericolo che abbiamo visto è che i ponti vengono rifatti in legno, così in forma piuttosto precaria, diciamo, mentre, sulla base di indagini fatte, l'indirizzo di ricostruire dei ponti

in cemento più solidi deve essere un indirizzo valido. 150 milioni dovrebbero andarsene per la ricostruzione dei ponti; sembra una cifra notevole. Si tenga presente, tuttavia, che in questa opera non è presente solo la Regione, perchè si prevede l'intervento degli Enti locali ed in particolare dei bacini imbriferi montani. Gli altri 100 milioni andrebbero alla riparazione dei danni alle opere di bonifica, che hanno subito, soprattutto lungo l'asta dell'Adige, dei danneggiamenti veramente notevoli. Con questa cifra non crediamo di sanare tutto, ma comunque riteniamo di venire incontro in maniera abbastanza soddisfacente alle esigenze. Qui se ne andrebbero i 600 milioni. Ecco perchè, allora, nel concludere queste osservazioni, posso dire che positivamente la Giunta è orientata per l'accensione di un mutuo; ragionevolmente discute, senza essere polemicamente contraria sulle argomentazioni che hanno portato alla presentazione del mutuo di 800 milioni. Afferma che 800 milioni son molti, e che sarebbe, a suo giudizio, equilibrato non andare oltre i 600 per ragioni di rigidità o non rigidità del bilancio; conferma che, se il mutuo di 600 milioni verrà autorizzato dall'on. Consiglio, è sua intenzione mettere nei capitoli di spesa, 350 milioni sul fondo per i provvedimenti legislativi in corso, 150 sul capitolo dei lavori pubblici, 100 sul capitolo delle bonifiche, per dar luogo ancora nel corso di questo esercizio, all'attuazione o alla riparazione, in parte perlomeno, dei gravi danni provocati dalle alluvioni. Dirò che è intenzione della Giunta di applicare l'art. 14 nella proposta della legge di erogazione di questi aiuti per le alluvioni. Quindi tutto sommato, siamo per il mutuo: discutiamo però nel merito, ci mettiamo davanti a queste necessità. Qualcuno, non ricordo chi, mi pare Brugger, ha parlato di una graduatoria d'urgenza; sta bene, vediamo

la graduatoria d'urgenza. La Giunta per conto proprio dice che la riparazione dei danni alluvionali, oggi, rappresenta o sta al primo posto nella graduatoria delle urgenze.

PRESIDENTE: Ci sono proposte di modifica dagli 800 ai 600? Per quanto riguarda la destinazione, evidentemente essa andrà deliberata nei singoli capitoli della spesa. Adesso abbiamo sentito la Giunta: vi è una proposta di emendamento per l'assunzione del mutuo con diminuzione di 200 milioni. Va prima in votazione l'emendamento all'emendamento, cioè la diminuzione di 200 milioni. Questo sarebbe il contenuto dell'emendamento, poi mettiamo in votazione il mutuo che risulterà, se viene votato. Chi chiede la parola sull'emendamento? Prego la parola al cons. Brugger.

BRUGGER (S.V.P.): Ich möchte zu den Ausführungen des Herrn Präsidenten des Regionalausschusses kurz Stellung nehmen. Aus diesen Ausführungen geht hervor, daß der Ausschuß wohl bereit ist, ein Darlehen aufzunehmen — das etwas niedriger ist als das von uns vorgeschlagene —, daß aber die Zweckbestimmung dieses Darlehens von den von uns vorgebrachten Vorschlägen vollkommen verschieden ist. Dem Präsidenten des Regionalausschusses liegt besonders die Wiedergutmachung der durch die Katastrophen des vergangenen Jahres entstandenen Schäden am Herzen und hierin können wir ihm nicht ganz unrecht geben. Die entstandenen Schäden waren in beiden Provinzen sehr hoch, doch dürften sie in der Provinz Bozen höher gewesen sein als in der Provinz Trient. Die Landesverwaltung von Bozen hat nun nach dem Grundsatz: « Bis dat qui cito dat » (doppelt gibt, wer rasch gibt) bedeutende Mittel ausgeworfen, um schnell helfen zu können; deswegen wären wir der

Auffassung, daß diese Initiative der Provinz Bozen auch im Programm des Regionalausschusses Berücksichtigung finden sollte und es wäre nach meinem Dafürhalten wirklich berechtigt, daß für diese bereits durchgeführte Vorausleistung im Wege des Artikels 70 ein möglichst hoher Betrag den Provinzen zugeteilt würde, denn die Notstandshilfe ist eine primäre Kompetenz der Provinzen. Deswegen wäre den Ausführungen des Herrn Präsidenten des Regionalausschusses schon eine Rechtfertigung dafür zu entnehmen, den Betrag für die Provinzen in dem von uns vorgeschlagenen Ausmaß zu erhöhen. Gewiß, eine Wiedergutmachung der Schäden ist mit sehr großen Schwierigkeiten verbunden. Man wird, wenn man die Verteilung von Geldmitteln an einzelne Geschädigte vorzunehmen hat, meist nicht alle Fälle hundertprozentig richtig treffen. Die Erfahrung zeigt, daß bei 90 richtig und 10 nicht ganz richtig behandelten Fällen die ersteren vollkommen untergehen, die letzteren aber Dorf-, Bezirks-, ja Landesgespräch werden können. Deswegen verstehe ich sehr wohl, daß die bei der Zuteilung dieser Geldmittel dem Lande erwachsende Aufgabe sehr schwierig sein wird, denn wir haben schon eine entsprechende Erfahrung in unserem eigenen Kompetenzbereich.

Anstatt das Geld an die einzelnen Geschädigten in kleinen Summen zu verteilen, würde ich jedoch den Vorschlag unterbreiten, die notwendigen Anlagen zu errichten, die künftig mögliche Katastrophen verhindern können. Hier ist die Region im Verzuge. Der Wildbachverbauung wurden noch zu wenig Geldmittel zur Verfügung gestellt, um die notwendigen Anlagen in Ordnung zu bringen. Wäre es denn nicht besser, wenn wir diese Geldmittel, anstatt sie zu verzetteln, für planmäßige Aufbauarbeiten verwenden würden, die künfti-

ge Katastrophen verhindern oder wenigstens wesentlich vermindern könnten? Eine Hilfe für die einzelnen Geschädigten, wie sie vielleicht dem Herrn Präsidenten des Regionalausschusses vorschwebt, würde ich nicht als sehr günstig ansehen. Ich bin mit dem Betrage, den er für Herstellung von Brücken genannt hat, sehr einverstanden, aber ich glaube, daß es bei der Lage der Dinge für die Verwirklichung dieses Programmes günstiger wäre, wenn ein Großteil der Geldmittel, die der Herr Präsident des Regionalausschusses für Vergütung von Unwetterschäden vorgesehen hat, im Wege des Artikels 70 direkt den Provinzen überwiesen würde, damit sie die Maßnahmen, die in ihre Zuständigkeit fallen, mit diesem Gelde durchführen können. Der Herr Präsident des Regionalausschusses meinte, es wäre nicht sehr günstig, ein Darlehen durch eine erhöhte Ausgabe zugunsten der Provinzen im Wege des Artikels 70 zu rechtfertigen. Doch würde sich dies in der Bilanz ohne weiteres in der Weise verschleiern lassen, daß man das Darlehen für die regionalen Maßnahmen aufnimmt, die wir vorgeschlagen haben, also für Tierseuchenbekämpfung, Förderung des Fremdenverkehrs, Wildbachverbauung, und daß man einen Teil der normalen Haushaltseingänge für eine bedeutende Erhöhung der Zuwendungen an die Provinzen heranzieht.

Wenn also schon ein Darlehen von 600 oder 800 Millionen aufgenommen werden soll, dann wäre es meines Erachtens gut, wenn wir uns über die Art der Verwendung und Zuteilung dieses Geldes noch etwas auseinandersetzen und einigen könnten. Hier wäre vielleicht einmal ausnahmsweise eine Möglichkeit gegeben, wie bei einer bestimmten Maßnahme Einhelligkeit zwischen Regierung und Opposition erzielt werden könnte.

(Vorrei brevemente intrattenermi sulla re-

lazione del signor Presidente della Giunta regionale. Da quanto egli ha detto risulta che la Giunta è bensì disposta di accendere un mutuo peraltro alquanto inferiore a quello da noi proposto e con una destinazione completamente diversa da quella da noi proposta. Al Presidente della Giunta regionale sta particolarmente a cuore il risarcimento di danni causati dal maltempo dell'anno scorso e in quanto a questo non possiamo dargli torto. I danni causati in ambedue le Province erano assai rilevanti. Ritengo però che nella provincia di Bolzano essi siano stati più elevati che non nella provincia di Trento. Comunque l'amministrazione provinciale di Bolzano ha creduto di agire secondo il principio: « bis dat qui cito dat », ovvero, chi dà subito, dà doppio, erogando mezzi considerevoli al fine di aiutare subito; siamo perciò dell'opinione che di tale iniziativa della Provincia di Bolzano dovrebbe essere perciò tenuto conto anche nel programma della Giunta regionale. È per questo che secondo me sarebbe più che giustificato che in base all'art. 70 alle Province venisse assegnato per tali interventi anticipati una somma il più possibile elevata anche perchè le opere di pronto soccorso in casi di calamità sono competenza primaria della Provincia stessa. Da quanto detto dal Presidente della Giunta regionale pare si possa rilevare che egli ritenga giustificato un aumento della somma nella misura da noi proposta. È certo d'altronde che il riparare ai danni in parola non sarà disgiunto da notevoli difficoltà. Quando si deve distribuire del denaro ai singoli danneggiati, ben difficile sarà trovare la giusta misura per tutti i casi. L'esperienza poi dimostra che, se di 100 casi 90 sono stati risolti bene e i rimanenti 10 meno bene, i primi scompaiono del tutto di fronte agli ultimi, nel senso di assumere un'importanza sproporzionata nella pubblica discussione del villaggio,

del distretto o addirittura di tutta la provincia. Perciò comprendo benissimo come l'assegnazione di questi fondi crei alla Provincia un compito assai arduo e lo sappiamo per avere già fatto certe esperienze nella sfera delle nostre competenze. Anzichè distribuire i mezzi ai singoli danneggiati sotto forma di piccoli importi, proporrei al Consiglio di realizzare invece le opere necessarie atte ad evitare in avvenire il verificarsi di siffatte calamità. È qui che la Regione è in difetto. Troppo limitati sono stati i fondi finora stanziati al fine di poter sistemare adeguatamente le opere necessarie. Non sarebbe pertanto meglio se utilizzassimo tali fondi — anzichè polverizzarli — per lavori sistematici di ricostruzione miranti ad evitare o almeno a ridurre notevolmente nel futuro le calamità? Non considererei opportuno un aiuto ai singoli danneggiati, come lo intende il signor Presidente della Giunta regionale. Sono d'accordo con la cifra da lui indicata per la costruzione di ponti; credo però che allo stato attuale delle cose più opportuno sarebbe se per la realizzazione del programma la maggior parte dei fondi, previsti dal signor Presidente della Giunta per prevenire i danni derivanti da avversità meteorologiche, venisse in base all'art. 70 assegnata direttamente alle Province, per far sì che esse con tali fondi possano tradurre in atto i provvedimenti di loro competenza. Il Presidente della Giunta ha ritenuto non essere molto opportuno giustificare un mutuo attraverso una spesa maggiore a favore delle Province tramite l'art. 70. Lo si potrebbe benissimo far figurare nel bilancio nell'accendere il mutuo per i provvedimenti regionali da noi stessi proposti e cioè: per la lotta contro le malattie infettive del bestiame, per l'incremento del turismo, per la sistemazione dei bacini montani, disponendo che una parte delle

entrate ordinarie del bilancio venga utilizzata a favore di un cospicuo aumento delle assegnazioni alle Province.

Se già si intende quindi accendere un mutuo di 600 o 800 milioni sarebbe a mio parere opportuno che a proposito delle assegnazioni e l'utilizzazione di questo denaro ci mettessimo a discutere ancora per trovare un accordo. Ci si offrirebbe qui eccezionalmente la occasione, del come per un determinato provvedimento si possa raggiungere l'unanimità tra Governo e opposizione.)

PRESIDENTE: La parola al consigliere Kessler.

KESSLER (Presidente G. P. Trento - D.C.): Mi pare che la conclusione alla quale arriva l'Assessore Brugger sia quella di chiedere un certo accordo, in sostanza, sul voto, pur non essendo chiarissimo, almeno a me, quale potrebbe essere la base di questo accordo. Quanto a me, relativamente alla provincia di Trento, a me pare di dover vedere la questione in questi termini. Il cons. Brugger dice che per la Giunta provinciale sarà una difficoltà enorme quella di distribuire 350 milioni a singoli privati; concordo perfettamente, perchè le esperienze in questo settore sono comuni, e partendo da questa difficoltà, ad un certo momento dice che, anche per ragioni forse di produttività, sia meglio non assegnare contributi per il ripristino delle aziende private od altro, ma che invece sia più corretto, comunque più utile, destinare quei fondi per sistemazioni preventive che possono evitare ulteriori danni ecc. Io, a questo proposito, mi permetterei di dire che non conosco la provincia di Bolzano, non conosco i danni che la provincia di Bolzano ha avuto da queste calamità e non conosco neanche esattamente fino a qual punto

la provincia di Bolzano sia già intervenuta a riparare questi eventuali danni dei privati ecc. Per quanto riguarda la provincia di Trento, la situazione però è tale da richiedere il provvedimento che la Giunta ha annunciato come essenziale e come urgente. La Giunta provinciale di Trento è pure intervenuta ancora nel 1960 e parzialmente interviene anche nel 1961 per determinate opere e determinate urgenti riparazioni eccetera, però non c'è dubbio che le aziende agricole ed anche qualche azienda industriale e qualche azienda artigianale, sono state seriamente compromesse dai danni subiti durante l'alluvione. Ora per noi si impone un provvedimento urgente per dare un po' di aiuto a queste aziende, perchè possano rimettersi alla pari. La nostra situazione potrà essere diversa da quella della provincia di Bolzano, ma è certo che certe nostre piccole aziende agricole, o piccolissime che hanno avuto il terreno parzialmente asportato o il terreno invaso in maniera da non poterlo più utilizzare, hanno assoluto bisogno, e anche da un punto di vista di interesse pubblico, mi pare senz'altro opportuno aiutare queste aziende a ripristinare le fonti di lavoro, sulle quali praticamente le famiglie vivono. Quindi, io mi permetterei senz'altro di raccomandare la proposta fatta dalla Giunta, almeno per quanto riguarda la provincia di Trento. Io arriverei personalmente a dire questo: se in provincia di Bolzano la situazione, per questi aspetti, è diversa e si ritiene che la tangente della provincia di Bolzano vada meglio utilizzata a fare bacini montani od altro, io su questo non mi pronuncio perchè, ripeto, non conosco esattamente la situazione della provincia di Bolzano, comunque personalmente non avrei nulla in contrario se lassù si convenisse, invece di dare aiuti per rimettere alla pari le aziende, di fare un'altra cosa. Ma per la provincia di Trento mi pare senz'altro di non po-

ter deflettere da quella proposta, auspicata e che ormai è diventata urgente, della Giunta. Per quanto riguarda il resto dell'emendamento, a me pare semplicemente dopo la esposizione pacata ma precisa del Presidente della Giunta regionale sulla situazione debitoria della Regione e sulla convenienza e sulla urgenza di questo provvedimento, che non si possa dubitare che non è possibile accettare un mutuo come quello proposto di 800 milioni per destinarlo ad esigenze pur esistenti evidentemente, ma esigenze ordinarie, quando con questo sistema porteremmo la Regione praticamente al limite delle sue capacità debitorie. Ora, anche come amministratori e indipendentemente dalle esigenze che anche la zootecnia, il turismo e i bacini montani indubbiamente hanno, indipendentemente da questo, noi consiglieri regionali, e quindi responsabili dell'amministrazione della Regione, non possiamo assumerci questa grave responsabilità nei confronti del futuro, di portare cioè la Regione al punto che se in un domani capita qualche calamità non sarà in grado di fare più di 300 milioni di mutui. Questo mi pare così evidente da non dovermici soffermare, per cui io concludo nel senso proposto dal Presidente della Giunta regionale. Si faccia il mutuo di 600 milioni, anche se sono anch'io dell'opinione del Presidente, che già questo rompe l'equilibrio del bilancio, ma questo lo dobbiamo fare perchè, di fronte ad un avvenimento come questo che ha sconvolto la nostra economia, malgrado tutto, dobbiamo farlo. Ripeto, per quanto riguarda la provincia di Bolzano, se si vuole dare una diversa destinazione, io personalmente non ho niente in contrario, però, per quanto riguarda la provincia di Trento, indubbiamente la ripartizione che è stata proposta dalla Giunta va bene, per cui io mi dichiaro favorevole all'accensione del mutuo con quella desti-

nazione, e invece non posso essere d'accordo sull'emendamento inizialmente presentato, degli 800 milioni, con quelle destinazioni, per gli argomenti detti dal Presidente, che condivido pienamente.

PRESIDENTE: La parola al cons. reg. Nardin.

NARDIN (P.C.I.): Noi voteremo contro l'emendamento all'emendamento proposto dalla Giunta e voteremo a favore, se ci sarà possibile, dell'emendamento da noi firmato. Per queste ragioni: anzitutto è antipatico fare una graduatoria di necessità quando si parla di danni provocati da alluvioni, di sistemazione di bacini montani e di altre gravi necessità della nostra agricoltura, della nostra economia. Però, circa i danni provocati dalle alluvioni, ho sentito il Presidente della Giunta regionale ammettere, ed è una fausta giornata questa, ammettere che il Governo non ha fatto niente per intervenire a favore della nostra Regione circa questi danni. Basta rilevare questo e dire che, dal momento che il Governo non ha fatto niente, dobbiamo fare noi. Insomma, sentite signori, io capisco che, per ragioni di parte, si possa osannare anche oltre ogni limite l'attività di un Governo, dei suoi componenti od altro, ma un Governo che manda qui il Ministro dei lavori pubblici Zaccagnini ad ispezionare la zona, a fare dichiarazioni, a fare anche parecchie promesse e che non è capace di inviare un contributo di 4-500 milioni nella nostra regione, in conseguenza di queste alluvioni, è un Governo che va duramente criticato. Ora, signori, è possibile arrendersi a questo? Abbiamo una delegazione parlamentare, di parte democristiana soprattutto, che tanto riesce a ottenere per la nostra regione, per esempio i miliardi stanziati per la Trento-Malè; possibile che non siamo capaci di otte-

nere un certo contributo per alleviare almeno parte dei danni provocati dalle alluvioni? A un bel momento io chiedo che l'Amministrazione regionale faccia un passo energico per ottenere il mantenimento di quelle vaghe promesse, che pure sono state espresse allorché questi danni avvennero. Non è giusto che, dinanzi all'indifferenza del Governo per questi danni provocati nella nostra Regione, noi tralasciamo di intervenire in settori così importanti, quali quelli su cui abbiamo discusso questa mattina. Se c'è una possibilità di accordo tra maggioranza e minoranza, a proposito di questa questione, la trovo nel deviare quei contributi del settore turistico, così come erano stati proposti nel nostro emendamento, al settore dei danni provocati dalle alluvioni; l'unica possibilità di accordo, semmai, da discutersi. Ma circa un intervento non dico adeguato, ma un certo intervento, quale quello espresso dal nostro emendamento, o meglio a cui si ispira il nostro emendamento, nel campo della sistemazione dei bacini montani, questo intervento è ancora più importante che non intervenire per quanto riguarda i danni provocati dalle alluvioni. Perché ogni mese, ogni anno, possiamo essere soggetti a disastri, e se non interveniamo più decisamente per sistemare i bacini montani, evidentemente saremo sempre qua indifesi a registrare danni, danni ancora e miserie. E allora cerchiamo di fare qualcosa di più di quanto non sia stato fatto sinora, per prevenire. Ecco la politica che è stata sostenuta anche stamattina da parte nostra, e a cui si riferisce l'emendamento che è posto in discussione.

Quindi, per concludere, noi voteremo contro questo emendamento all'emendamento, per le ragioni che ho esposto. Noi chiediamo che sia il Governo ad intervenire adeguatamente, in aiuto alla nostra Regione, per quanto ri-

guarda i danni provocati dalle alluvioni. Non chiedo che il Governo dia tutte le somme necessarie per sopperire a questi eventi straordinari, però credo che il Governo possa fare qualcosa per assegnare un contributo alla nostra Regione, ma proprio rimanere indifferente come si è verificato sinora, mi pare che sia veramente cosa scandalosa. Se c'è una possibilità di discussione, la vedo soltanto per quella parte di interventi che si erano proposti per il turismo, semmai, ma anche questo da discutere. Quindi, per queste ragioni, noi non siamo d'accordo con l'orientamento esposto dalla Giunta. Per quanto poi riguarda le bonifiche, io spero che l'Assessore competente, quando intervorrà quella famosa relazione, ci parlerà di queste bonifiche, ma è indubbio che così si impegnano 100 milioni senza avere un adeguato ragguaglio di come sia la situazione in merito alle bonifiche, ad esempio della piana d'Adige, da Lavis in su, situazione che credo sia densa di avvenimenti segreti, situazione che appare ben poco chiara, in quanto si sono spesi centinaia di milioni nel corso di questi anni, senza un grande risultato. Adesso si dà la colpa alle alluvioni, ma io credo che se andremo a fondo, troveremo che la colpa è anche di qualche altro che non si chiama alluvione ma si chiama con nome e cognome preciso. Come fate a impegnare il Consiglio per 100 milioni in merito alle bonifiche senza ragguagliare adeguatamente il Consiglio in merito a queste bonifiche? In attesa della relazione, si dice. Bene, signori, quando si fa una proposta come quella fatta dal Presidente della Giunta, si avrebbe il dovere non di rinviare l'attenzione del Consiglio ad una ipotetica relazione, ma si avrebbe il dovere di aggiungere qualche cosa nel merito di queste iniziative.

PRESIDENTE: Altri che chiedono la pa-

rola sull'emendamento? Per la seconda volta il cons. Brugger.

BRUGGER (S.V.P.): Ich erlaube mir neuerdings aufmerksam zu machen, daß die Einzelhilfeleistungen in öffentlichen Notstandsfällen auf Grund des Autonomiestatutes Provinzkompetenz sind. Deshalb hat die Provinz Bozen im vorigen Jahre über 150 Millionen in diesem Sinne ausgegeben und ich wundere mich, warum die sogenannten « opere di pronto soccorso » in der Provinz Trient fast zwei Jahre haben auf sich warten lassen, wenn die Belange, die das Autonomiestatut den Provinzen einräumt, wahrgenommen werden sollen. Trotzdem aber wollen wir die Frage der Hilfsbedürftigkeit nicht umdrehen, wie dies hier versucht wurde, sondern stellen nur neuerdings fest, daß die Voraussetzungen für eine einheitliche Maßnahme in den Provinzen Bozen und Trient furchtbar schwer zu schaffen sind. Die Verhältnisse in den beiden Provinzen sind — wir sehen es aus dieser Diskussion — wirklich außerordentlich verschieden. Daraus ergeben sich auch die Schwierigkeiten eines Gebildes, das als Region Trentino - Südtirol zusammengefasst wurde.

Ich möchte aber, um bei dem zu bleiben, was Herr Nardin vorgebracht hat, erklären, daß wir selbstverständlich bei dem Antrag bleiben, den die Opposition geschlossen eingebracht hat, daß wir aber nichts dagegen haben, wenn für die Provinz Trient Änderungen vorgenommen werden sollen, sofern die finanzielle Zuteilung in dem Verhältnis erfolgt, das wir vorgeschlagen haben, d.h. daß jeweils die Hälfte für die von uns vorgesehenen Zwecke der Provinz Bozen zufließen soll.

(Mi permetto di fare nuovamente presente che l'intervento a favore di singoli in casi di calamità pubblica è in base allo Statuto di au-

tonomia competenza provinciale. Fu per questo che la Provincia di Bolzano l'anno scorso ha speso al riguardo più di 150 milioni e mi meraviglio che in Provincia di Trento per avvalersi delle competenze che lo Statuto di autonomia conferisce alle Province le cosiddette « opere di pronto soccorso » si siano fatte attendere per quasi due anni. Non intendiamo ciò nonostante invertire la questione del bisogno, come si è tentato di farlo qui, ma dobbiamo tuttavia constatare che è assai difficile creare le premesse per un provvedimento unitario nelle province di Trento e Bolzano. Le condizioni nelle due province — e lo possiamo rilevare da questa discussione —, sono estremamente diverse. Da tutto ciò emergono pure le difficoltà di un organismo, che si è voluto congiungere nella forma di una Regione qual è quella del Trentino - Alto Adige.

Per attenermi comunque a quanto fatto presente dal signor Nardin, vorrei dichiarare che intendiamo naturalmente lasciare tale quale la proposta avanzata compatta dall'opposizione, pur non avendo nulla in contrario che per la Provincia di Trento si proceda a delle modifiche, premesso che l'assegnazione finanziaria avvenga nella proporzione da noi proposta, cioè che la metà delle somme venga assegnata alla Provincia di Bolzano per gli scopi da noi previsti.)

PRESIDENTE: La parola al Presidente della Giunta.

CANESTRINI (P.C.I.): È una gradita sorpresa.

DALVIT (Presidente G. R. - D.C.): Sì, può darsi. Evidentemente il tono delle mie dichiarazioni non aveva nè il contenuto, nè la volontà, nè il desiderio di fare della polemica. C'è tuttavia qui in questo Consiglio da

una parte, ed è principalmente quella dalla quale arrivano le meraviglie in questo momento, il desiderio di estremizzare e di cogliere sempre di punta ogni e qualsiasi affermazione si faccia. Di questo dobbiamo prendere atto; lo abbiamo fatto e continuiamo a farlo, con tranquillità e con serenità.

NARDIN (P.C.I.): Non c'è altra via!

DALVIT (Presidente G. R. - D.C.): Eh! sì, siamo d'accordo. La realtà è questa: che se noi parliamo bene del Governo, siamo criticati, se parliamo male del Governo, siamo criticati. Vedete, a noi non ne va una di dritte . . .

NARDIN (P.C.I.): Quando è che ha parlato male del Governo lei?

DALVIT (Presidente G. R. - D.C.): Oggi lei ha affermato che finalmente, cosa rara, noi abbiamo ammesso che il Governo ha fatto male; quindi ho parlato male.

NARDIN (P.C.I.): Non ha parlato male. Non è tanto coraggioso lei, è troppo conformista!

DALVIT (Presidente G. R. - D.C.): Il mio coraggio è molto più vicino all'educazione di quanto non sia il suo.

NARDIN (P.C.I.): Perchè ha un po' di brillantina in testa non creda di avere molto stile!

DALVIT (Presidente G. R. - D.C.): Detto questo, una volta di più si dimostra che, anche nella discussione di un problema serio come questo, chi ricerca la speculazione politica per la speculazione politica, non siamo noi. Il mettersi adesso a chiedere che sia il Gover-

no a fare, sarebbe un po' tardi; lo abbiamo fatto da tempo, e se abbiamo dovuto constatare che non si è potuti intervenire per delle ragioni che non sono riferibili alla nostra zona soltanto, ma perchè i danni alluvionali in Italia sono stati nell'ordine veramente notevoli, e difficoltà obiettive di bilancio hanno impedito questo intervento, ciò, a mio giudizio, ci impone di intervenire, signori. Questa è la nostra responsabilità; non prendere atto e dire « andiamo a chiedere al Governo ». Nel momento in cui si raggiunge uno stato di certezza che il Governo non può intervenire, signori, l'autonomia vuole che autonomamente si provveda. Facendo dei debiti, se è necessario, anche se non è bello. E non vale la pena di sfottere, perchè avete anche voi le vostre aziende danneggiate; qui abbiamo fatto una discussione che purtroppo, come in molte circostanze, ha i caratteri della genericità. I dati degli Ispettorati forestali ed agrari della provincia di Bolzano sono veramente interessanti, e sarà il caso che gli Assessori provinciali all'agricoltura ed ai lavori pubblici della provincia di Bolzano ne prendano visione. Anzi prego l'Assessore regionale di volerli ripassare, perchè effettivamente . . .

BRUGGER (S.V.P.): Sono i dati dell'Ispettorato agrario!

MOLIGNONI (Assessore previdenza sociale e sanità - P.S.D.I.): Che bravi bambini!

DALVIT (Presidente G. R. - D.C.): Sono veramente lieto; e allora, vedete, il sostenere che realmente ci sono delle differenze, come lei consigliere Brugger ha fatto, in questo ultimo suo intervento, mi induce a pensare che le differenze siano veramente reali, ma non tanto obiettivamente, perchè quei dati li abbiamo esaminati e visti, e sono impressionanti,

ma sulla capacità di interpretarli. Vorrà dire che sarà bene che ci vediamo e che ci mettiamo un po' d'accordo, perchè gli ettari di terreno che sono stati sommersi sono rimasti assolutamente incoltivabili. Gli ettari di terreni che sono andati perduti, le scorte che sono andate perdute, ecc., per noi costituiscono un motivo di impegno. Vorrà dire che, da parte dell'Assessore regionale incaricato, che è l'Assessore all'agricoltura, sarà approfondito lo studio di questi aspetti; la legge non è ancora in discussione, i 350 milioni andranno nel fondo dei provvedimenti legislativi in corso. Quando arriverà la legge, se il Consiglio regionale è d'accordo, tranquillamente si discuterà nel merito. Ora anche qui non vorrei che si arrivasse con le decisioni già prese senza aver valutato obiettivamente le situazioni. Quindi si continua a rincorrerci l'uno con l'altro, a dire che non siamo documentati, ecc. Il mutuo non è stato proposto dalla Giunta; la Giunta aveva intenzione di proporlo alla fine del bilancio, a pareggio del bilancio, dopo aver fatto le sue proposte; questo per uno schema logico. L'occasione ci è stata offerta da loro signori, e ci è stata offerta l'occasione di dire: guardate che, stando la situazione così, la Giunta è intenzionata di proporre un mutuo per questi obiettivi e per queste ragioni. Quindi, noi pensiamo che l'insistere sulla nostra proposta sia doveroso, anche, se, autenticamente, l'atteggiamento del cons. Nardin ci fa pensare che noi arriveremo sempre tardi, quando lui afferma, che bisognava arrivare prima, e preventivamente predisporre gli strumenti per venire incontro a questi danni che gli eventi atmosferici producono. Io lo vorrei proprio invitare a volerci fornire elementi concreti di tecnici, di studiosi che autenticamente siano in grado di darci garanzie di questo genere. Per quanto mi consta, non esistono possibilità di

questo tipo; sì, non esistono possibilità di questo tipo, quindi adattiamoci alla situazione; prendiamone atto. Le alluvioni ci sono state, non è tardi intervenire, signori. So benissimo che « qui cito dat bis dat »; però, signori, è autenticamente vero che, comunque vadano le cose, è meglio intervenire tardi piuttosto che mai.

PRESIDENTE: Altri che chiede la parola? La parola al cons. Raffaelli.

RAFFAELLI (P.S.I.): Mi pare che le varie cose che sono state dette dall'una e dall'altra parte, sono tali da non porre il problema in termini esclusivi: o così, come diciamo e proponiamo noi, o colà, come dice e propone la Giunta. C'è tema effettivamente per discussione e rimediazione. Prima di fare una proposta — non so neanche se la farò — una cosa mi è venuta in mente adesso. Voglio però riferirmi all'ultimo intervento del Presidente della Giunta per prendere atto che finalmente c'è stata una affermazione di autonomismo, del vigore che ci attendevamo e della cui mancanza ci siamo lamentati l'altro giorno. Purtroppo però questa affermazione di autonomismo è stata fatta in una forma ed è stata riempita di un contenuto piuttosto strano. Cioè il Presidente della Giunta si è scaldato per la prima volta in tema di autonomia, dicendo: « signori, l'autonomia ci impone di intervenire quando il Governo non interviene », in cose per le quali, fra il resto, il Governo non ha negato la sua competenza per il resto di tutta l'Italia, e non ci ha tagliati fuori perchè noi, essendo autonomi, non potevamo essere compresi nelle leggi e nel rifinanziamento della legge per gli aiuti agli alluvionati ed ai danneggiati dal maltempo. Quindi, signori, sarebbe apprezzabilissimo questo scatto di vigore e di pas-

sione autonomistica se non fosse stato fatto proprio per affermare che autonomisti dobbiamo essere solo là dove il Governo avrebbe dovuto intervenire e non lo ha potuto o voluto fare. Accennando a questo, torno sulla discussione. C'è effettivamente la possibilità perlomeno di discutere sulla più opportuna destinazione del fondo proposto in una provincia rispetto all'altra. C'è anche la possibilità di discutere se quei 200 milioni di differenza, che la Giunta ci propone, siano proprio la valvola ultima di sicurezza della Regione stessa. Va bene, sono cifre, lo sappiamo, il plafond si tocca ad un certo momento preciso, con una certa cifra precisa, che viene avvicinata di più se noi accendiamo oggi un mutuo di 800 anzichè di 600 milioni.

Noi potremmo forse — e non so se i proponenti originari e tutti i firmatari di quell'emendamento possano essere d'accordo — ma io direi, dato che qui è stato detto che per i vari provvedimenti ai quali i proponenti l'emendamento o meglio il nuovo capitolo, si sono riferiti, dovranno fare dichiarazioni gli Assessori, cioè diranno gli Assessori cosa si pensa di fare in materia di turismo, in materia di profilassi per il bestiame ecc., io direi: non neghiamo ai signori Assessori la possibilità di convincerci e non neghiamo a noi stessi la soddisfazione di prendere atto ad un certo momento che ci eravamo preoccupati di qualcosa che viceversa aveva già occupato le menti, la volontà degli Assessori, e in maniera tale da provvedervi radicalmente. Io penso che una sospensione delle decisioni circa la proposta fatta, possa tornare utile ai fini di un chiarimento generale della cosa. Ripeto, non lo so, se gli stessi firmatari, gli altri firmatari siano d'accordo sulla mia proposta, ma io sento di poterla fare senza danno

per nessuno, perchè alla fine avremmo maggiori elementi di valutazione.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Nardin.

NARDIN (P.C.I.): Soltanto per dichiararmi d'accordo con la proposta del collega Raffaelli. E per aggiungere che il signor Presidente della Giunta regionale farebbe bene a pensare che in ogni Parlamento che si rispetti ci sono ogni tanto delle interruzioni, delle boutades, o altro e non abbia a spaventarsi.

In secondo luogo, non tiri fuori troppo le regole della buona educazione, perchè personalmente non ne ho molto da imparare da lui, anche perchè, secondo me, egli ha estremizzato in questi giorni veramente la figura del Presidente della Giunta regionale, e quando vuole insegnare la buona educazione persino sulle battute o altro, impari per lo meno a parlare al Consiglio senza tenere le mani in tasca.

PRESIDENTE: Signori guardate, se scendiamo a personalismi, prima di tutto rammento che il personalismo, da qualunque parte venga, è violazione dell'ordine, perciò dovremmo togliere ogni accenno di personalismo. Questo è prescritto proprio dal nostro regolamento, oltre che da altre norme superiori. Quindi non faccio un appunto a nessuno. Ricordo che, se scendiamo ad attacchi personali, non solo violiamo l'ordine, ma turbiamo anche il buon andamento del Consiglio. Ci sono stati qui attacchi personali ed io non ho richiamato finora, ma vi prego di non farne, nè dai banchi della Giunta, nè dai banchi del Consiglio, perchè non devono essere fatti. Ora, se nessuno chiede la parola, metto in votazione. Cons. reg. Pedrini.

PEDRINI (D.C.): Più volte è stata illustrata, qui in Consiglio regionale, la situazione idrogeologica della nostra regione. Situazione grave, abbiamo detto, che è stata poi oggetto, oltre che di varie relazioni, anche di un articolo particolare in quel numero speciale « Monti e boschi », pubblicato lo scorso anno, che riguardava esclusivamente la Regione Trentino - Alto Adige. In quell'articolo si diceva, fra l'altro — ed era stato stampato prima delle alluvioni — che la situazione idrogeologica, come in tutte le Alpi, era pesante e che, per potere creare una situazione di stabilità nei nostri torrenti già gravemente dissestati, era necessario l'importo di circa 12 miliardi. Nella discussione del Consiglio regionale dello scorso anno, i colleghi della S.V.P. chiesero uno stanziamento straordinario di 80 milioni e ricordo che, in seguito al mio interessamento, o meglio del signor Presidente della Giunta regionale, in quel momento fu possibile ottenere un'anticipazione sulla legge 635 delle aree depresse, di 200 milioni. Si è subito disposto perchè gli uffici delle sistemazioni bacini montani approntassero al più presto i progetti in modo da poterli porre in esecuzione ancora lo scorso anno, in quanto i soldi immediatamente erano stati mandati dal Ministero dell'agricoltura e foreste al Provveditorato alle opere pubbliche di Venezia. E io ricordo esattamente di aver scritto più volte lettere di sollecito all'ufficio sistemazione bacini montani di Bolzano, perchè approntasse queste perizie, che dovevano seguire l'iter burocratico previsto dalle leggi: il Comitato tecnico delle bonifiche della Provincia di Bolzano, il Comitato tecnico regionale e così via. Purtroppo, nonostante i numerosi solleciti scritti e verbali, fatti dal sottoscritto a quell'ufficio, perchè operato di lavori, perchè incapace di assorbire i fondi già a disposizione, non è stato possibile l'anno scorso far arrivare agli organi

tecnici consultivi, che devono approvare questi programmi, i progetti relativi. Ed ecco perchè quest'anno, praticamente, ci troviamo esattamente con un anno di ritardo, e dopo ripetuti solleciti fatti dal sottoscritto, ci troviamo a dover impiegare soltanto quest'anno quei 200 milioni che sono stati anticipati dallo Stato ancora lo scorso anno. Qui ci si chiede praticamente uno stanziamento di altri 300 milioni. Se, come è vero, la situazione del nostro bilancio regionale è in queste condizioni, non è certamente pensabile di poterlo aggravare ulteriormente, penso, con mutui, oltre quella cifra, già di rottura, dei 600 milioni proposti dall'attuale Giunta. Io dico che, data la situazione che si è notevolmente aggravata, — oggi si parla tranquillamente di 12 miliardi — non bastano i 300 milioni che chiedono i colleghi della S.V.P. Immediatamente all'esecuzione di queste opere, conoscendo la distribuzione degli stanziamenti regionali sulla legge delle aree depresse, io vorrei che l'on. Giunta chiedesse all'on. Ministero un'anticipazione, non di 300 milioni, ma di 500 milioni, sicuro che il Ministero avrà la possibilità di poter anticipare questi fondi, in modo da impegnare immediatamente gli uffici, e mi auguro che il lavoro notevole che hanno non impedisca, come è avvenuto purtroppo lo scorso anno, un rallentamento nella presentazione di questi progetti, in modo che si possa intervenire anticipando i tempi, anche perchè la situazione idrogeologica, attraverso l'alluvione, ha anticipato il fenomeno del disgregamento delle nostre montagne, che avviene naturalmente in forma costante annua. Dati in merito ai danni verificatisi nella nostra Regione, sono stati oggetto di comunicazione particolare del Presidente di allora della Giunta regionale al Consiglio regionale; sono stati poi consegnati ai diversi consiglieri regionali, perciò io penso che, generi-

camente, essi li hanno. Certamente il signor Assessore può mettere a disposizione proprio nel dettaglio, zona per zona, comune per comune, bacino per bacino, la entità dei danni e le proposte di intervento. Certo che vi sono due innegabili difficoltà: primo, l'attrezzatura dei nostri uffici per l'attuale sistemazione dei bacini montani non è certamente in condizione di poter assorbire più dei 500 milioni di anticipo sui programmi nazionali che io propongo, se l'esperienza dello scorso anno dei 200 milioni ci vuol dire qualche cosa. Poi sappiamo anche che il reclutamento della manodopera, almeno per il passato, non è stato facile. Sembra che adesso, anche in provincia di Bolzano, vi sia la possibilità di poter disporre di manodopera locale, più che nel passato, data la situazione dell'ammodernamento dell'agricoltura in montagna.

Perciò, per riassumere, chiedere non 300 milioni, ma 500 milioni sulla legge nazionale. Può darsi che quella legge che la Giunta ha in animo di presentare al Consiglio regionale per la ripresa delle aziende, sia sentita più in provincia di Trento che nella provincia di Bolzano, perchè effettivamente la situazione della proprietà stessa è diversa nelle due province.

Non credo che la difficoltà di assegnazione dei contributi sia così grave, in quanto si va a dare effettivamente il contributo per la ricostruzione di opere distrutte.

Non è come quando capitò di dover dare aiuti per le gelate e, particolarmente in provincia di Bolzano, data la fortunata struttura della proprietà fondiaria, ci si trovò in difficoltà obiettive di intervenire con un criterio di equità. Per cui io prego vivamente la Giunta regionale di portare avanti questo progetto di aiuto per le zone disastrose che hanno la vita praticamente paralizzata, laddove per esem-

pio, abbiamo i ponti distrutti e non c'è possibilità di comunicazione da paese a paese, da zone di montagna con il vicinato. Ricordo inoltre alla Giunta, e so che l'Assessore competente si sta già interessando, che il Governo sta preparando una legge nazionale sulla regolazione dei fiumi, e sappiamo che già in anticipo il Governo è intervenuto, e in provincia di Bolzano e in provincia di Trento, per arginare l'Adige, e sappiamo che in quello stanziamento, in quella legge nazionale, ci sono pure fondi per la sistemazione dei bacini montani. In quella sede, io sono sicuro che il signor Assessore farà presente, come ha già fatto presente, la situazione difficile in cui vengono a trovarsi le nostre montagne, in modo che l'anticipazione dei 200 milioni, fatta lo scorso anno, e questi 500 milioni che io propongo alla Giunta, non vengano a nuocere sulla normale attività, negli esercizi futuri, dei nostri uffici per la sistemazione bacini montani.

PRESIDENTE: Nessun altro chiede la parola? Chiede la parola chi non abbia parlato più di due volte. Qui è in discussione l'emendamento all'emendamento, quindi su questo si può parlare due volte. C'è stata una proposta di Raffaelli? Io domando scusa.

RAFFAELLI (P.S.I.): Siccome era una proposta che spostava un po' tutto, se veniva accolta, pensavo che . . .

PRESIDENTE: Scusi, mi stava parlando un consigliere mentre lei parlava. Comunque, resta in piedi la proposta di rinvio? Sulla proposta di rinvio, la parola al cons. Kessler.

KESSLER (Presidente G. P. Trento - D.C.): Parlo esattamente sulla proposta di rinvio, per dire che sono contrario. A me pare che la discussione che è avvenuta, prima sul-

l'emendamento degli 800 milioni, e successivamente sull'emendamento all'emendamento per i 600 milioni, sia stata sufficientemente ampia. È stata tanto ampia, del resto, da poter portare a parlare di autonomismo, sia da una parte che dall'altra. Io francamente l'autonomismo del cons. Raffaelli, in questo caso, io che credo di essere autonomista, non lo sosterrai, perchè, se il Governo avesse dato qui un miliardo, non mi sarei senza dubbio lamentato che invadeva le mie competenze. Abbiamo potuto prendere atto che il cons. Brugger pone a sostegno delle argomentazioni contro la Regione, a favore della Regione in provincia di Bolzano, il fatto che un'alluvione, per fortuna eccezionale, ha fatto maggiori danni in provincia di Trento, forse, che in provincia di Bolzano e dice: vedete, la differenza è tale fra le due province che proprio la regione non c'entra. Comunque dicevo, la discussione è stata così ampia che ha potuto entrare anche in questi argomenti. Il merito mi pare che ormai sia sufficientemente dimostrato, e mi pare che nessuno, neanche coloro, come i comunisti, che sono contrari a questa legge delle alluvioni per determinati motivi, abbiano contestati i danni fatti.

CANESTRINI (P.C.I.): (*Interrompe*).

KESSLER (Presidente G. P. Trento - D.C.): Ma scusi, cons. Canestrini, ho detto che anche coloro che hanno dichiarato di essere contrari a questa legge regionale sulle alluvioni . . .

PRESIDENTE: È in discussione la proposta di rinvio.

KESSLER (Presidente G. P. Trento - D.C.): Se non erro il cons. Nardin ha detto che vota contro questo emendamento, moti-

vando nel senso che il provvedimento doveva essere preso dallo Stato. Questa è la motivazione che è stata data. Quindi mi pare più che giustificato e urgente questo provvedimento. Per cui io mi permetto di essere contrario alla proposta di Raffaelli e di chiedere che si passi subito alla votazione dell'emendamento per i 600 milioni. Mi permetterei subordinatamente di chiedere, almeno ai colleghi di opposizione della provincia di Trento, di voler essere d'accordo su questo. Perchè se è arrivato in ritardo questo provvedimento, perchè un certo ritardo c'è, è derivato proprio dal fatto che si sperava che l'azione comunemente fatta nei confronti dello Stato avesse un esito positivo. Questo esito fino ad oggi non c'è stato ed ecco la decisione nostra di fare questo provvedimento. Quindi pregherei i colleghi della provincia di Trento di essere anche loro d'accordo su questo provvedimento, atteso ormai da tempo dalle nostre popolazioni.

RAFFAELLI (P.S.I.): Non si fa mica durante la discussione del bilancio?!

PRESIDENTE: Sulla questione di rinvio o meno. Metto in votazione la proposta se si deve fare domani la votazione o se si deve fare subito. Quindi chi è favorevole alla proposta Raffaelli di rinvio della decisione alla seduta di domani, è pregato . . . o è una sospensione alla fine del bilancio? Allora non è un rinvio, è una sospensione. Va bene, allora chi è d'accordo che la materia in discussione, l'emendamento ecc., venga sospesa, è pregato di alzare la mano: la proposta di sospensione è respinta con 25 contrari, 19 favorevoli, 3 astenuti.

Quindi metto in votazione l'emendamento all'emendamento, cioè quello proposto dalla Giunta che tende a portare a 600 milioni il mutuo: l'emendamento della Giunta è approvato con 24 voti favorevoli, 22 contrari, 1 astenuto.

Adesso metto in votazione la istituzione del capitolo 37 bis con l'importo di 600 milioni, come proposto dalla Giunta: approvato con 24 voti favorevoli e 23 astenuti.

Capitolo 38 - Per memoria.

Rinviamo la seduta a domani mattina.

(ore 13).